

# Landesinfo Baden-Württemberg



Die LINKE Baden-Württemberg hat am 26. Januar in Stuttgart eine Landesliste für die Bundestagswahl 2013 mit sechzehn Kandidatinnen und Kandidaten gewählt.

**Bundestagswahl 2013**  
**SPD: links blinken,  
rechts abbiegen** s. 4

**Gesundheit**  
**Die Krankenhäuser werden  
„tot gespart“** s. 7

**Kommunales**  
**„Vermögenssteuer  
jetzt!“** s. 10

**Mannheim**  
**Linke-Hearing:  
Gutes Wohnen für  
alle** s. 14

**Erinnerung**  
**Heuberg – das  
erste KZ in  
Deutschland** s. 19

**Ostermarsch 2013**  
**Zukunft braucht  
Frieden** s. 21

**Inhalt**

■ ■ ■ ■	Caren Lay: Nur die LINKE steht für bezahlbares Wohnen	6
■ ■ ■ ■	Karin Binder: Kostenlose Schulverpflegung locker finanzierbar	8
■ ■ ■ ■	Tübingen: Kuschelorgie im Gemeinderat	10
■ ■ ■ ■	Freiburg: Kommunalwahl 2014: Bündnisliste: Die LINKE dabei	15
■ ■ ■ ■	Heike Hänsel: S 21- Ausstiegsverhandlungen beginnen	16
■ ■ ■ ■	Mannheim.Neckarstadt: Nazifrei!	16
■ ■ ■ ■	Tübinger Linke wehrt sich gegen Bspitzelung	18
■ ■ ■ ■	LVV von Linksjugend [‘solid]	22
■ ■ ■ ■	Landesparteitag: Grußworte	24
■ ■ ■ ■		

**Das nächste Landesinfo** erscheint im Juli 2013.

**Redaktionsschluss** für das Landesinfo 2/2013 ist der 17. Juni.

**Beilagenhinweis:** „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

**Bezug:** Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber und Verlag:** DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

**Redaktion:** Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Herstellung:** GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Druck:** Druckhaus Dresden GmbH, Bärensteiner Str. 30, 01277 Dresden.



## LINKE wählte 16-köpfige Landesliste

**Am 26. Januar wählte die Landesversammlung der LINKEN Baden-Württemberg die Landesliste zur Bundestagswahl am 22. September. Gewählt wurden acht Frauen und acht Männer in folgender Reihenfolge:**

1. Michael Schlecht (MdB), Wahlkreis Mannheim
2. Heike Hänsel (MdB), Wahlkreis Tübingen
3. Karin Binder (MdB), Wahlkreis Karlsruhe
4. Richard Pitterle (MdB), Wahlkreis Böblingen
5. Annette Groth (MdB), Wahlkreis Bodensee
6. Tobias Pflüger, Wahlkreis Freiburg
7. Christina Frank, Wahlkreis Stuttgart II
8. Marco Radojevic, Wahlkreis Konstanz
9. Sahra Mirow, Wahlkreis Heidelberg
10. Stefan Dreher, Wahlkreis Esslingen

11. Claudia Haydt, Wahlkreis Nürtingen
12. Thomas Edtmaier, Wahlkreis Göppingen
13. Eva-Maria Glathe Braun, Wahlkreis Ulm
14. Milan Kopriva, Wahlkreis Pforzheim
15. Nicole Stadler, Wahlkreis Waldshut
16. Peter Schimke, Wahlkreis Ludwigsburg

### Nachwahlen Landesvorstand

Auf dem Landesparteitag am 27. Januar wurden Marta Aparicio und Dirk Spöri auf die im letzten Sommer frei gewordenen Plätze in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Nachgewählt in den Landesvorstand wurden Sahra Mirow und Edmond Jäger. Die zweijährige Amtszeit des derzeitigen Landesvorstandes läuft nach der Bundestagswahl im Herbst aus. Auf dem nächsten Landesparteitag am 23. und 24. November werden alle Landesgremien der LINKEN neu gewählt.

## Wir trauern um Barbara Hoffmann

\* 9.7.1952 – † 30.1.2013

Unsere Genossin und Kollegin Barbara Hoffmann verstarb am 30. Januar in Folge ihrer langen und schweren Krebskrankheit. Am 3. Februar fand in Kornwestheim eine beeindruckende Trauerfeier statt. Seit 2006 arbeitete Barbara als Angestellte der Partei im Landesbüro der LINKEN in Stuttgart und leistete dort mit großem persönlichem Einsatz ihren Beitrag für die Entwicklung der neuen Partei. Barbara war eine überzeugte und streitbare Sozialistin, die sich ehrenamtlich in zahlreichen Initiativen, in der Kommunalpolitik, bei den Naturfreunden und in der VVN engagierte. Als Sprecherin des Kreisverbandes Ludwigsburg der LINKEN war sie aktiv, solange es ihre schwere Krankheit erlaubte. Wir verlieren mit ihr eine große und unermüdliche Kämpferin für soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Welt. Und wir verlieren einen lieben Menschen, mit dem es immer Spaß machte, im Team zu arbeiten. Wir werden ihr herzliches und geradliniges Wesen und ihre anpackende Art vermissen.

*Landesvorstand und KollegInnen im Landesbüro*

# An die Mitglieder der LINKEN in Baden-Württemberg

## Liebe Genossinnen und Genossen,

am 26. Januar wurde in Stuttgart unsere Landesliste für die Bundestagswahl gewählt. Wir haben eine Liste mit 16 Kandidatinnen und Kandidaten.

Nicht alle wichtigen Wahlkreise konnten gleichermaßen berücksichtigt werden. Dennoch ist diese Liste nach regionalen Gesichtspunkten und nach politischen Schwerpunkten ein prima Gesamtergebnis. Mit Michael Schlecht und Heike Hänsel haben wir ein Spitzenduo, das Kompetenz in Wirtschaftsfragen und die Nähe der LINKEN zu Gewerkschaften ebenso belegt wie das Engagement des Landesverbandes in sozialen, demokratischen, friedenspolitischen und internationalen Initiativen. DIE LINKE wird in Baden-Württemberg alle 38 Wahlkreise mit Kandidatinnen und Kandidaten abdecken.

Unsere DirektkandidatInnen brauchen im Wahlkampf die Unterstützung der Mitglieder und die Unterstützung von Menschen, die mit uns sympathisieren. Es muss deutlich werden: wer will, dass es weiter eine starke linke und soziale Kraft im Bundestag gibt, muss DIE LINKE auch wählen. Dass dabei die Zweitstimme ausschlaggebend ist, wissen viele unserer Wählerinnen und Wähler nicht; das müssen wir ihnen sagen. Das schlechte Landtagswahlergebnis im Jahr 2010 mit 2,8 Prozent hat auch damit zu tun, dass es nur eine Stimme gab. Bedenken wir, dass uns bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2009 in Baden-Württemberg immerhin 7,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme gaben. Das zeigt, was möglich ist.

## Wahlkampf vorbereitungen sind im Gang

Am 8. März gab es in zahlreichen Kreisverbänden Aktivitäten zum Internationalen Frauentag und eine gute Resonanz auf unsere Aktionskarte. Das war für uns der Beginn des Vorwahlkampfes. Auf einem gutbesuchten Seminar für die Wahlkampfverantwortlichen aus den Kreisverbänden am 3. März diskutierten wir die politischen und organisatorischen Aufgaben im kommenden Wahlkampf. Im Landesfinanzrat wurde davor am 2. März über die finanzielle Bewältigung des Wahlkampfes gesprochen. Im Landesausschuss am 21. April beraten wir über weitere Festlegungen. In den nächsten Wochen geht es darum, uns weiter fit zu machen. Im Mai und Juni sind Seminare für die Wahlkreis-kandidatInnen vorgesehen. Wir bitten alle Kreisvorstände, die dies noch nicht getan haben, uns für jeden Wahlkreis

einen Wahlkampfverantwortlichen zu benennen, damit eine schnelle Kommunikation möglich ist. In den nächsten Tagen steht die Festlegung der Anlieferstellen an und sind die Lagermöglichkeiten für Wahlkampfmaterialien zu klären. Die unten stehende Zeitleiste zeigt Euch die wichtigsten Terminvorgaben.

## Unsere Arbeit auf mehr Füße zu stellen

Der Bundestagswahlkampf soll genutzt werden, um mehr Mitglieder einzubeziehen, mehr Möglichkeiten zur Unterstützung zu bieten und auch Nichtmitglieder zum Mitmachen im Wahlkampf einzuladen. Dazu gibt es von der Bundespartei das Projekt <http://www.linksaktiv2013.de>, über welches wir Euch bald noch mehr informieren werden. Mitglieder, die eine bestimmte Aufgabe übernehmen wollen, bitten wir darum, sich über den Kreisverband zu melden. Im Bundestagswahlkampf können wir auch neue interessierte Menschen ansprechen, uns bei kommunalpolitischen Initiativen und Bündnissen vor Ort zu unterstützen oder mit uns auf linken Kommunalisten im Jahr 2014 zu kandidieren.

## Grüne und SPD halten in der Landespolitik nicht, was sie im Bund versprechen

Der Bundestagswahlkampf hat auch eine Reihe von landespolitischen und kommunalpolitischen Aspekte. Dafür hat sich eine kleine Arbeitsgruppe gebildet, die unsere wichtigsten Positionen wahlkampfgerecht aufbereiten soll. Grüne und SPD machen keine linke Politik im Land. Das gilt für Bildung, Kitas und Abbau von Lehrerstellen. Das gilt bei Klinikfinanzierung und Personalsituation im Gesundheitswesen. Das gilt bei Stuttgart 21 und sozialem Wohnungsbau. Das gilt auch für Kriegsforschung an Universitäten und die Kriegsproduktion im Land. Die kommenden Wochen nutzen wir, um diese Aspekte zusammen mit dem Bundestagswahlprogramm zu diskutieren. Und wir nutzen die Möglichkeiten, um uns vor Ort und im Land einzumischen. Dafür einige Beispiele:

- Wir stehen an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, die in den Tarifrunden, insbesondere jetzt im Einzelhandel, Angriffe der Arbeitgeber abwehren und für höhere Löhne kämpfen.
- Wir unterstützen weiterhin die GEW im Kampf gegen den von Grün-Rot geplanten Abbau von zehntausend Lehrerstellen.
- „Klasse Kitas für unsere Kinder“.

Unsere Forderungen auf Umsetzung des Rechtsanspruch für unter Dreijährige (ab August 2013) und für gebührenfreie Kitaplätze bleiben aktuell.

- Wir sind solidarisch mit den Beschäftigten in Krankenhäusern gegen Stellenabbau, Einsparungen, Klinikschließungen, was den Druck auf die Pflege noch weiter erhöht und damit die Gesundheit aller gefährdet.
- Widerstand gegen Stuttgart 21 fortsetzen: der Bau muss gestoppt werden und die Finanzmittel sind für die Stärkung der Bahn in der Fläche zu nutzen.
- Wir treten am UmFAIRteilen-Aktionstag, am 13. April, für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer ein und beteiligen uns an der Unterschriftensammlung.
- wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen in Baden-Württemberg dem Bündnis „Vermögensteuer Jetzt!“ beitreten.

Mit solidarischen Grüßen vom geschäftsführender Landesvorstand:  
*Marta Aparicio, Christoph Cornides, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit*

## Termine im Überblick

- 29. März: landesweiter Ostermarsch in Stuttgart
- 31. März: Südbaden-Ostermarsch in Müllheim
- 13. April: bundesweiter Aktionstag UmFAIRteilen
- 14. April: Beschluss im PV über Leit-antrag (überarbeitetes Wahlprogramm)
- 20. April Sozialkonferenz, RLS in Tübingen m. Christoph Butterwegge
- 21. April: Landesausschuss und Besprechung der Bundesparteitagsdelegierten
- Mitte Mai bis Ende Juni: Seminar-Angebote für Wahlkreis-kandidatInnen
- 1. Mai – internationaler Kampftag der ArbeiterInnenbewegung
- 31. Mai / 1. Juni: Blockupy-Proteste in Frankfurt
- 14. Juni bis 16. Juni: Bundesparteitag in Dresden
- Ende Juni/Mitte Juli: Landesweite Wahlkampf-Eröffnung
- Zweite Julihälfte: Heißer Wahlkampf, erste Phase
- August, Ferienmonat: Plakatierung in den Wahlkreisen
- 7. September bis 22. September: heißer Wahlkampf, 2. Phase
- 11. September: landesweite Wahlkampf-kundgebung in Stuttgart
- 22. September Bundestagswahl
- Oktober 2013: Landesausschuss, Vorbereitung Landesparteitag
- 23. und 24. November: Landesparteitag neu, Neuwahl der Landesgremien.
- Mai/Juni 2014: Europawahl und Kommunalwahl

## SPD: links blinken, rechts abbiegen

Von Michael Schlecht

Immer wieder wird DIE LINKE mit der Frage nach einer Koalition oder Zusammenarbeit mit SPD und Grünen bzw. nach der Wahl eines Kanzlers Steinbrück konfrontiert. Dies ist intellektuell fast so gehaltvoll wie die Frage nach einer Koalitionsmöglichkeit mit der CDU. Auch diese versucht mit der „Lohnuntergrenze“ scheinbar Programmatik der Linken aufzugreifen.

Eine Zusammenarbeit mit der SPD ist fiktiv, allein schon weil sie jegliche Debatte über diese Perspektive und



mögliche Inhalte verweigert. Die Agenda-Politiker in der SPD wissen, dass ein Bündnis mit der LINKEN ohne einen wirklichen Politikwechsel nicht möglich wäre. Deshalb bunkert sich die SPD unbenommen von Umfragewerten in ihrem Wunschenken von einem rot-grünen Projekt ein. Und hinter den Kulissen bereitet sie sich auf eine Große Koalition vor, denn arithmetisch ist kaum absehbar, dass das Wahlergebnis Rot/Grün eine Mehrheit beschert. Diese Perspektive ist der SPD attraktiver als die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der LINKEN.

Die SPD verweigert sich prinzipiell einer Perspektive mit uns, weil sie weiß, dass ihr Gerede von einer Rückwendung zu sozialer Gerechtigkeit auf den Prüfstand kommen würde. Bei einer Kooperationsperspektive mit der LINKEN wäre klar, dass links blinken nicht reicht – sondern dass auch wirklich nach links abgelenkt werden müsste.

In der Konsequenz heißt dies, dass der SPD „Beinfreiheit“ beim Abbiegen nach rechts wichtiger ist, als die Politik in diesem Land für mehr soziale Gerechtigkeit zu verschieben – unbenommen aller programmatischen Ankündigungen. Frei nach Müntefering, der 2006 den Wahlbetrug mit der Anhebung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent wie folgt

kommentierte: „Ich bleibe dabei: Dass wir oft an Wahlkampfaussagen gemessen werden, ist nicht gerecht.“ Denn, so seine Meinung, Regieren ist etwas anderes als Wahlkampf.

Bezeichnenderweise kritisiert Daniel Brössler in der „Süddeutschen Zeitung“ die SPD für ihre „unsouveräne Haltung gegenüber der Linken.“ Er schlägt der SPD vor, der LINKEN ihrerseits konkrete Bedingungen für eine Kooperation zu benennen. Seiner Meinung nach müssten dies die Zustimmung zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr und das Festhalten an der Agenda 2010 sein.

Die SPD wird diesen Vorschlag der Süddeutschen jedoch nicht aufgreifen weil sie Farbe bekennen müsste, was die Menschen von einer Regierungspartei SPD zu erwarten hätten. Dies wäre eine Klarstellung, die gerade in Hinblick auf die Agenda-Politik ihrem momentan inszenierten sozialen Imagewandel zuwiderlaufen würde.

Schließlich versucht die SPD gerade mit vereinten Kräften, durch angebliche „Nachjustierungen“ an der Agenda 2010 den Eindruck einer Linkswende zu erwecken. So soll vernebelt werden, dass sie es selbst war, die gemeinsam mit den Grünen die Agenda 2010 und damit das größte Sozialabbauprogramm der Nachkriegszeit durchgesetzt hat.

Was die SPD aktuell macht, ist nichts anderes als ein Linksblinken. Nach der Wahl droht wieder das Rechtsabbiegen – egal ob mit den Grünen oder aber an der Seite der CDU. Das soll aber möglichst vor dem 22. September niemand merken. Diesen drohenden Wahlbetrug verhindern oder zumindest abmildern, kann nur ein starke Linke im nächsten Parlament.

Von Michael Schlecht ist ein ausführlicher Text über die aktuelle Politik der SPD im Spannungsfeld zur Partei DIE LINKE erschienen (6 Seiten). Dieser kann unter [www.michael-schlecht-mdb.de](http://www.michael-schlecht-mdb.de) heruntergeladen werden.

## Verkäuferinnen sind mehr wert!

„33,7 Prozent der mehrheitlich weiblich Beschäftigten des Einzelhandels arbeiten in Baden-Württemberg unterhalb der offiziellen Niedriglohngrenze von 10,36 Euro. DIE LINKE unterstützt daher die Beschäftigten in ihrem Kampf für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne. In den anstehenden Tarifverhandlungen im Einzelhandel fordern wir auch die Kunden auf, sich mit den Verkäuferinnen und Verkäufern solidarisch zu zeigen“, erklärt der Sindelfinger Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Richard Pitterle, zum Internationalen Frauentag am 8. März 2013.

Nach Auskunft der Bundesagentur



Richard Pitterle lässt sich von ehemaligen Schlecker-Beschäftigten Pläne für einen Genossenschaftsladen erläutern.

für Arbeit arbeiten allein im Kreis Böblingen 12.976 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Einzelhandel, davon 8.240 Frauen. Hinzu kommen noch zahlreiche Minijobberinnen.

Bundesweit kämpfen zurzeit drei Millionen Beschäftigte im Einzelhandel um ihr Weihnachtsgeld, freie Wochenenden und Nachtzuschläge, nachdem die Arbeitgeber die bestehenden Tarifverträge aufgekündigt haben. „Die Arbeitgeber blasen mit einer Kündigung aller Tarifverträge zu einem Generalangriff auf soziale Errungenschaften und Rechte im Einzelhandel. DIE LINKE unterstützt die Kolleginnen und Kollegen im Kampf um bessere Tarifverträge und fordert darüber hinaus die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro“, so Pitterle.

## Beteiligung im Arbeitskampf

Von Jörg Meyer, Neues Deutschland  
Mehr Teilnehmer als erwartet / Spannende Debatten: die Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Erneuerung durch Streik“

Erneuerung durch Streik? Über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung und erfolgreiche Beispiele neuer, partizipativer Streikformen diskutierten am Wochenende, 1. bis 3. März, Hunderte GewerkschafterInnen.

„Oft müssen wir erst einmal zeigen, dass wir streiken können, damit die Arbeitgeber überhaupt ein Angebot vorlegen“, sagte Günter Busch, Verdi-Landeszweige von Baden-Württemberg, bei der Auftaktveranstaltung. Tarifrunden sind härter geworden, häufiger als früher kommt es in vergleichsweise kleinen Auseinandersetzungen zu Warnstreiks und Streik.

In Stuttgart begann am Freitagabend (1. März) die Konferenz „Erneuerung durch Streik – Erfahrungen mit einer ak-



**Bernd Riexinger, Redner auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz „Erneuerung durch Streik“**  
(Foto: Peter Ostholt, RLS)

tivierenden und demokratischen Streikkultur“, der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Ein Wochenende lang trafen sich Haupt- und Ehrenamtliche aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften, Bewegungsaktivisten und WissenschaftlerInnen, um sich über ihre Erfahrungen mit Arbeitskämpfen, die Entwicklung neuer Streikstrategien und deren Umsetzung auszutauschen.

Im Vorfeld der Konferenz war eine aktuelle Studie der Wissenschaftlerin Catharina Schmalstieg erschienen. Sie geht der These nach, dass mehr Beteiligung bei Tarifaueinandersetzungen zu größerer Mobilisierungsfähigkeit und letztlich zu stärkeren Gewerkschaften führen. Allein die Tatsache, dass die erste Auflage nach nur einer Woche komplett vergriffen war, zeigt, wie sehr das Thema bei GewerkschafterInnen auf Interesse stößt.

Knapp 500 Menschen waren der Einladung von RLS und dem Verdi-Bezirk Stuttgart in die Landeshauptstadt gefolgt. „Die Teilnehmerzahlen übertreffen alle Erwartungen“, sagte Fanny Zeise von der RLS bei der Begrüßung im Stuttgarter Gewerkschaftshaus. Zusammen mit Florian Wilde hat sie die Konferenz organisiert. Sie hätten sich als Ort bewusst den Verdi-Bezirk Stuttgart ausgesucht, sagt Wilde gegenüber „nd“. Stuttgart habe sich in den letzten Jahren durch neue Streikstrategien und einen basisorientierten, partizipativen Gewerkschafts-ansatz ausgezeichnet. Tatsächlich ist es hier gelungen, beispielsweise mit einem über einjährigen Arbeitskampf Unternehmen wie die Modeketten H&M oder ZARA in die Tarifbindung zu zwingen. Oder Erfolge mit neuen Streikstrategien zu erzielen, die von den Beschäftigten während des Arbeitskampfes entwickelt wurden. „In Stuttgart kommt die Ge-

werkschaft in Bereiche, die sonst nur schwer zu erreichen sind“, sagt Wilde. Dass das klappt liegt auch daran, dass in Stuttgart seit Jahren auf Beteiligung gesetzt wird. Große Streikleitungen und tägliche Streikversammlungen sind nur zwei der Komponenten, von denen Bernd Riexinger in seiner Rede am Samstag sprach. Vor seinem Amtsantritt als Linksparteivorsitzender war er Verdi-Chef in Stuttgart. Sein Name steht für das Entwickeln und Ausprobieren von neuen Streikkonzepten. Er wünsche sich, dass dieser Dialog künftig auch auf der Bundesebene verstärkt geführt werde, sagte Riexinger gegenüber „nd“.

Sinkende Tarifbindung, eine stark gestiegene Zahl von Arbeitskämpfen besonders in gewerkschaftlich schlecht organisierten Bereichen sowie zunehmend aggressiver in Tarifaueinandersetzungen auftretende Arbeitgeber sind nur drei Gründe dafür, dass mit der Konferenz eine in den DGB-Gewerkschaften noch zu wenig laufende Debatte zur richtigen Zeit aufgegriffen wurde. „Zwischen 2004 und 2008 hat sich die Zahl der bei Verdi beantragten Streiks vervierfacht und ist in den letzten Jahren auch noch einmal gestiegen“, so Gewerkschaftsforscher Heiner Dribbusch vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung bei einer Podiumsdiskussion am Samstagabend. Der größte Teil davon seien „Häuserkämpfe“. Arbeitsgruppen etwa zur Zusammenarbeit mit Bündnispartnern, zu Streikformen oder zu Kämpfen in prekären Bereichen wie Leiharbeit oder mit befristet Beschäftigten waren das Kernstück der Konferenz. GewerkschafterInnen aus unterschiedlichen Branchen berichteten von ihren Erfahrungen, tauschten sich aus.

Am Rande der Veranstaltung befragt

zogen viele Angereiste eine positive Bilanz und wünschten, dass der Dialog weitergehen möge. Dem Vernehmen nach könnte es im nächsten Jahr eine Folgeveranstaltung der RLS zusammen mit Verdi-Niedersachsen geben.

*Wir bedanken uns bei Jörg Meyer und dem Neuen Deutschland für die Genehmigung zum Abdruck.*

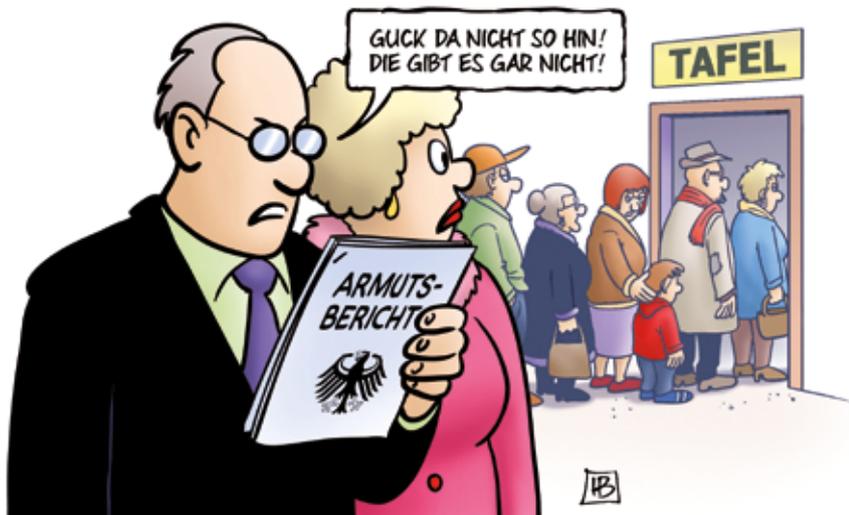
## SPD setzt weiterhin auf Hartz IV und Agenda 2010

Von Heinz Deininger, Heilbronner Bundestagskandidat der LINKEN

Auch heute, 10 Jahre nach Schröders Ankündigung der Agenda 2010 im Bundestag, kann sich die SPD noch immer nicht dazu durchringen, sich von diesem zutiefst unsozialen Programm zu verabschieden. Dasselbe gilt für die Grünen. Dieses Programm hat Deutschland einen Niedriglohnsektor ohnegleichen beschert, Millionen Menschen in realen oder zu Recht befürchteten sozialen Abstieg getrieben, und es ihnen unmöglich gemacht, von den Erträgen ihrer Arbeit zu leben, jetzt und im Alter. Zugleich hat es die Reichen in bisher ungekanntem Ausmaß reicher gemacht. Drittens hat das Programm zu einem riesigen ökonomischen Ungleichgewicht in Europa beigetragen, weil es die Binnenkonjunktur gedrosselt und den Export aufgebläht hat. Viele europäische Länder kämpfen zu Recht gegen den Import dieses Modells, das nur die Bevölkerung ärmer macht und natürlich nicht in allen Ländern funktionieren kann.

Die SPD übt sich jetzt in kosmetischen Korrekturen an dem Programm. Wie glaubhaft ist das, wenn die Umsetzung ausgerechnet von einem Kanzlerkandidaten Steinbrück durchgeführt werden soll, der einer der Väter der Agenda 2010 und der Freigabe der Finanzmärkte ist und ein ausgewiesener Freund des Kapitals? Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Steinmeier rühmt die Agenda 2010 als „Übernahme von Verantwortung“. Sollte Rot-Grün an die Regierung kommen, wird sich entgegen allen Beteuerungen nichts ändern an diesem unsozialen Machwerk. Es bedarf nur geringen Drucks von Seiten der Wirtschaft, um den beiden Parteien die sozialen Flausen auszutreiben. Und diesem Druck werden sie sich beugen, wie immer in der Vergangenheit.

Das einzige Gegenmittel ist eine starke LINKE, die der SPD zeigt, dass die Menschen es nicht mehr hinnehmen, zugunsten der Reichen auf ein materiell abgesichertes Leben ohne Abstiegsängste zu verzichten.



### Agenda Sozial statt Agenda 2010

DIE LINKE fordert:

- Gute Arbeit und die Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro
- Umverteilung von oben nach unten durch die Stärkung der Lohneinkommen und eine gerechte Steuerpolitik
- Zurückdrängung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung
- Stärkung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsförderung
- Ablösung von Hartz IV durch eine armutsfeste sanktionsfreie Mindestsicherung
- Überwindung der Zweiklassenmedizin und Wiederherstellung einer Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente.

### DIE LINKE zieht Bilanz der Agenda 2010 und stellt Bausteine einer Agenda für soziale Gerechtigkeit vor

Am 13. März 2013 haben die beiden Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger, sowie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE Gregor Gysi in der Bundespressekonferenz eine Bilanz nach 10 Jahren Agenda 2010 gezogen und „Bausteine einer neuen Agenda für soziale Gerechtigkeit“ präsentiert. Der Kölner Politikwissenschaftler und Armutsforscher Christoph Butterwegge präsentierte die Ergebnisse der im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN erstellten Expertise „Gerhard Schröders Agenda 2010 – 10 Jahre unsoziale Politik“.

Christoph Butterwegge fasste die Ergebnisse der Agenda 2010 zusammen: „Ökonomisch hat die Agenda den „Standort D“ weiter gestärkt, was die wirtschaftliche Unwucht zwischen der Bundesrepublik und Ländern Südeuropas verschärfte und entscheidend zur dortigen „Staatschuldenkrise“ beitrug. In sozialer Hinsicht wirkte die Agenda-Politik verheerend, weil sie zu einer bis dahin unvorstellbar krassen Verteilungs-

schieflage bei den Einkommen und Vermögen führte, von der perspektivisch Gefahren für den inneren Frieden und die Demokratie ausgehen. Mein Fazit: Deutschlands Wirtschaft steht gut da, weil seit Jahr und Tag an der Gerechtigkeit gespart wird.“

Katja Kipping betonte: „DIE LINKE legt heute Bausteine einer neuen Agenda für soziale Gerechtigkeit vor. Wir wollen, dass sich gute Politik daran messen lässt, ob sie geeignet ist, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Gute Arbeit, gerechte Löhne und Renten, soziale Sicherheit in allen Lebenslagen, das sind keine Utopien sondern messbare Ziele, die sich mit einfach zu realisierenden Bausteinen erreichen lassen. Wenn jetzt Rufe laut werden nach einer Agenda 2020, so meinen wir, was es wirklich braucht, ist eine ‚Agenda sozial‘. Heute haben wir keinen Reformstau sondern einen Gerechtigkeitsstau.“

Bernd Riexinger charakterisierte den „Angriff auf die Löhne“ als „heimlichen Kern der Agenda 2010“ und fordert für DIE LINKE: „Die Lohnentwicklung ist der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir wollen eine Kehrtwende in der Lohnpolitik. In den vergangenen zehn Jahren wurde immer zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Rahmenbedingungen für die Lohnentwicklung eingegriffen. Jetzt muss es anders herum gehen. Dafür schlagen wir vor, dass die Lohnbremsen aus dem Arbeitsrecht entfernt werden. Und wir wollen ein gesetzlich verankertes Frühwarnsystem. Wenn die Reallöhne über einen gewissen Zeitraum sinken, dann muss die Regierung dazu verpflichtet werden, Gegenmaßnahmen einzuleiten.“

Gregor Gysi erinnerte daran, dass der Widerstand gegen die Agenda 2010 „Gründungskonsens der LINKEN“ war. Gysi weiter: „Diese Ablehnung eint uns bis heute als Partei des sozialen Protests und als Partei der sozialen Gestaltung. Wir sind und bleiben die einzige Partei, die alle Kernprojekte der Agenda 2010

ablehnt. Jetzt sind wir auch diejenigen, die als erste messbare Ziele für eine Rückabwicklung der verheerenden sozialen und verteilungspolitischen Folgen definieren und konkrete Projekte vorschlagen, um das, was inzwischen alle Parteien als richtiges Ziel erkannt haben, mehr soziale Gerechtigkeit schaffen, in politische Bahnen zu lenken.“

## Nur die LINKE steht für bezahlbares Wohnen

Gastbeitrag von Caren Lay

Die Mieten steigen vor allem in Großstädten, immer mehr Menschen leiden unter den Folgen von Luxussanierungen und Gentrifizierung und müssen aus ihrem sozialen Umfeld verschwinden. Gerade für Ältere, Alleinerziehende und Menschen mit geringem Einkommen gibt es in Deutschland zu wenig Wohnraum. Auch im vergangenen Herbst, als DIE LINKE in Göttingen ihre mietpolitische Konferenz veranstaltete, war von der SPD wenig zu hören.

Um die großen Probleme auf dem Wohnungsmarkt in den Griff zu bekommen, bedarf es einer ganzen Reihe von Maßnahmen. Erstens: Bei Neuvermietungen wird oft richtig bei der Miete aufgeschlagen. Allein die Tatsache, dass eine Wohnung einen anderen Mieter hat, rechtfertigt aus unserer Sicht aber keine Mieterhöhung bei gleichbleibender Qualität. Deshalb fordern wir: Keine Neuaufschläge bei Neuvermietungen.

Zweitens: Angesichts des Wohnungsmangels ist die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus unerlässlich. Hier zieht der Staat sich zunehmend aus der Verantwortung. Allein zwischen 2002 und 2010 sind über 800.000 Sozialwoh-



nungen weggefallen obwohl gerade hier Bedarf besteht. Wir sagen: Der Staat muss wieder in die Wohnraumförderung investieren. Mindestens 150.000 neue Sozialwohnungen müssen jährlich entstehen.

Umweltschutz ist auch ein Aspekt des sozialen Wohnens. Modernisierungsmaßnahmen sind ökologisch wichtig und schonen die Umwelt. Aber bei Modernisierungen der Wohnung dürfen

Mieterinnen und Mieter nicht abgezockt werden. Diese müssen sich am Nutzen orientieren und die Umlage für diese Maßnahmen darf höchstens 5 Prozent betragen und muss nach Ende der Amortisierungsfrist zurückgenommen werden.

Es geht um nicht weniger als um das Grundverständnis von Wohnen als Grundrecht für alle Menschen. Viele weitere Forderungen der LINKEN wie

ein Verbot der Übertragung von Maklergebühren auf Mieterinnen und Mieter, eine Förderung des Genossenschaftswesens und eine Aussetzung des ungerechten Mietrechtsänderungsgesetzes gehören dazu. Das geht nur mit der LINKEN.

Caren Lay, MdB, ist verbraucherpolitische Sprecherin in der Bundestagsfraktion und im Spitzenteam zur Bundestagswahl unter anderem zuständig für Mietpolitik.

## Die Krankenhäuser werden „tot gespart“ – wer noch?

Von Sybille Stamm

Zwei kleine Geschichten:

Februar 2011. Landtagswahlkampf. Auf dem Stuttgarter Schlossplatz ist es bitterkalt während der eindrucksvollen Aktion der Gewerkschaft Verdi für die gesetzlich vorgeschriebene Landeskrankenhausfinanzierung. Die Gewerkschaft hatte alle Parteien eingeladen. „Wie stehen Sie zur Krankenhausfinanzierung?“

Neben mir steht der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel und verkündigt vollmundig: „Im Falle eines Wahlsieges werden wir dafür sorgen, dass jährlich der notwendige Investitionsbedarf der Krankenhäuser von 600 Mio. gezahlt wird und schrittweise der Investitionsstau von 1,3 Mrd. abgebaut wird.“ Die Vertreterin der Grünen war nicht weniger forsch.

Zwei Jahre später. 8. März 2013. Protestveranstaltung der Krankenhausbelegschaften im Stuttgarter Rathaus. Chefs und ArbeitnehmerInnen tragen den gleichen Button „Wir alle sind Krankenhaus“ Die Kritik geht an die Landes- und Bundesregierung. Tenor: wir können nicht mehr! Die Leistungsverdichtung steigt und steigt. Die Betriebsanlagen veralten. Wir können die Verantwortung nicht mehr tragen. Unser Spitzenkandidat Michael Schlecht stellt sich hinter die Belegschaften und fordert die volle Finanzierung der notwendigen Investitionen und Betriebskosten der Krankenhäuser – wie es das Gesetz vorschreibt...

### Zum Hintergrund:

Das Landeskrankenhausfinanzierungsgesetz schreibt – wie in allen Bundesländern – vor, dass die notwendigen Investitionen vom Land finanziert werden. Unbestritten von allen Parteien wären das 600 Mio. Euro jährlich. Bezahlt hat Bawü unter Schwarz-Gelb jahrelang nur die Hälfte, nämlich zuletzt unter Mappus für 2011 325 Mio. Ein Investitionsstau von mehr als einer Mrd. Euro hat sich aufgebaut. Die Folge: Baustellen werden mit Personal bezahlt! Um die Finanzierung der notwendigen Investi-

tionen zu gewährleisten, wurde Personal abgebaut, die Arbeit verdichtet und die Betreuung der PatientInnen verschlechtert. Allein in den letzten zehn Jahren wurden in den Krankenhäusern Baden-Württembergs mehr als 5 000 Stellen beim Pflegepersonal abgebaut.

Im Koalitionsvertrag verspricht Grün-SPD die notwendigen Investitionen und den schrittweise Abbau des Investitionsstaus. Alles leere Versprechen. Fakt ist, dass im Doppelhaushalt 2013/2014 nur jeweils 422 Mio. Euro eingestellt sind – pro Jahr also 180 Mio. weniger als benötigt. Das heißt – Krankenhäuser werden „reif geschossen“ für die Privatisierung, weil sie veralten. Das

heißt: es ist kein Geld vorhanden, um dringend notwendige Tarifierhöhungen zu bezahlen. Das heißt wie bei Schwarz-Gelb: Wer privat versichert ist, lebt länger, weil er sich bei knappen Ressourcen auf eine gute Versorgung verlassen kann.

Die LINKE erinnert die Landesregierung an ihre Wahlversprechen und daran, dass es nichts Wichtigeres für die Menschen gibt, als Leben und Gesundheit. Die Mindestvoraussetzung ist die Einhaltung geltender Gesetze. Wer Krankenhäuser kaputt spart, spielt mit dem Leben von Menschen! Wir werden dieses Thema auf unsere Agenda im Bundestagswahlkampf setzen!



### Heike Hänsel (MdB) besuchte Zollernalb Klinikum in Balingen

Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen-Hechingen für DIE LINKE, war am Mittwoch, den 6. März 2013, im Zollernalb Klinikum in Balingen zu Besuch. Sie begleitete die Beschäftigten der Frühschicht auf der Station 5 (Innere Abteilung) durch ihren Arbeitsalltag. Damit folgte sie einer Einladung des Betriebsrats, der die Idee hatte die Kandidaten/innen zur Bundestagswahl 2013 einzuladen. Sie sollten die Gelegenheit haben, sich einen Eindruck über die Situation der Beschäftigten in Krankenhäusern zu verschaffen.

Heike Hänsel kritisiert die chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser: „Die verfehlte Gesundheitspolitik der Bundesregierung führt zu massiver Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten. Personalabbau und Zunahme von Leiharbeit verschärfen die Situation für viele Klinikbeschäftigte. DIE LINKE fordert, dass Krankenhäuser bedarfsgerecht und solide finanziert werden. Bund und Land müssen ausreichend Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellen.“

## LINKE Kreis Ravensburg: Sofortiger Stopp der Krankenhausschließungen

Der Direktkandidat der LINKEN für den Wahlkreis Ravensburg Michael Konieczny begrüßt das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart, dass der Betrieb im Krankenhaus Isny vorläufig weitergeführt werden muss. „Die Begründung des Senats, dass der Vertrag von 1970 zwischen der Stadt Isny und dem Landkreis weiterhin besteht, bestätigt meine Auffassung, dass die damalige Abstimmung über die Schließungen der Krankenhäuser in Isny und Leutkirch eine Farce war“, so Michael Konieczny. Das bestätigt auch die Annahme der Landratsstellvertreterin Frau Meschenmoser, dass Verträge nicht für alle Ewigkeit gelten. „Jede Bürgerin und jeder Bürger weiß, dass Verträge nach dem Gesetz zu kündigen sind. Darin enthalten sind Kündigungsfristen. Nur unseren politisch Verantwortlichen im Kreistag ist dies anscheinend völlig fremd“, so Konieczny weiter. Nach diesem Desaster, welches auf Kosten der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in der Region ausgetragen wird, sollten unsere verantwortlichen Politikerinnen und Politiker zur Vernunft kommen. „Wie das Oberlandesgericht, so fordern auch wir die sofortige Aufnahme von Gesprächen mit dem Ziel, vernünftige Lösungen der Krankenhausversorgung in der Region zu finden. Dazu gehört, dass die bisherigen Schließungsmaßnahmen in Leutkirch und Isny sofort eingestellt

werden müssen und alternative Lösungen erneut zur Beschlussfassung in den Kreistag eingebracht werden müssen“, so Konieczny. Der Kreisverband der Linken wird aufgrund dieser Rechtsituation Perspektiven suchen, wie unter Bürgerbeteiligungen Einfluss auf den Kreistag genommen werden kann, wie die Krankenhausversorgung in der ländlichen Struktur patientengerecht verbessert werden kann.

## Lothar Schuchmann, Freiburg: LINKE kritisiert die Personaleinsparungen an den Unikliniken

Der von der Grünen-SPD Landesregierung vor gut einem Jahr eingesetzte kaufmännische Direktor der Uniklinik Freiburg verordnet massiven Stellenabbau: 6 bis 20 % der Stellen in Labor, Pflege, Küche, Wäscherei und Reinigung werden bereits begonnen abzubauen, obwohl die Bereiche schon jetzt personell unterbesetzt sind! Befristete Stellen werden nicht verlängert, frei werdende Stellen nicht neu besetzt, Tätigkeiten aus der Küche fremdvergeben, was einer schleichenden Privatisierung gleich kommt.

„Krankenhäuser haben die Aufgabe, kranke Menschen gesund zu machen und nicht sich Renditeforderungen zu unterwerfen“, so Kreissprecher und Gemeinderat Dr. med. Lothar Schuchmann. „Das Land ist in der Pflicht eine angemessene Gesundheitsversorgung

## Michael Schlecht: Fall- pauschalen abschaffen!

„Ich weiß, dass das Pflegepersonal bereits wie eine Zitrone ausgequetscht ist, mehr wollen wir auch gar nicht“, so Karin Maag, Stuttgarter Bundestagsabgeordnete der CDU in ihrem Einleitungsstatement auf der Veranstaltung zur Krankenhausversorgung am 8. März 2013 im Stuttgarter Rathaus. „Das ist hochgradig zynisch, denn Menschen presst man nicht wie Zitronen aus und Pflegepersonal in den Krankenhäusern schon mal gar nicht“, so die Entgegnung von Michael Schlecht, Bundestagsabgeordneter DIE LINKE. Und er fügte hinzu, dass DIE LINKE für eine bundeseinheitliche Personalbemessung steht, auf deren Ausgestaltung die Beschäftigten Einfluss haben müssen. Entscheidend sei zudem, dass das System der Fallpauschalen wieder durch eine Selbstkostenfinanzierung abgelöst wird. Es ist unmenschlich alle Patienten gleich zu behandeln, egal wie ihr Gesundheitszustand ist.

sicherzustellen! Diese ist nur mit menschenwürdigen und adäquaten Arbeitsbedingungen möglich! Wir fordern die Landesregierung auf die entsprechenden Gelder zur Verfügung zu stellen“, so Schuchmann weiter. „Gesundheitsversorgung ist keine Ware, sondern Menschenrecht!“

## Karin Binder (MdB): Kostenlose Schulverpflegung ließe sich locker finanzieren

**DIE LINKE fordert kostenlose hochwertige Schul- und Kitaverpflegung, Antrag im Bundestag. Ein Gespräch mit Karin Binder – Interview: Markus Bernhardt – Karin Binder ist Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion und deren Obfrau im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.**

*JW: Der Bundestag berät am heutigen Donnerstag über einen Antrag Ihrer Fraktion. Sie fordern darin eine hochwertige und kostenfreie Schul- und Kitaverpflegung. Wie wollen Sie ein solches Mammutprojekt finanzieren?*

**Karin Binder:** Das ist eigentlich die falsche Frage. Ernährungsbedingte Krankheiten kosten unsere Gesellschaft jedes Jahr bis zu 70 Milliarden Euro. Fehlernährung sorgt für Über- oder Untergewicht. Aus dicken Kindern werden kranke Erwachsene.

Wir können es uns nicht länger leisten, nichts zu tun. Ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler geht heute ohne Frühstück aus dem Haus. Immer

mehr Kinder gehen in Ganztageseinrichtungen – mit ein paar Euro für Fastfood in der Tasche. Vesperdosen enthalten oft nur Süßigkeiten oder Müsliriegel. Wenn Kinder aber nichts Ordentliches zu essen bekommen, können sie auch nicht lernen und gehen dann ohne vernünftigen Abschluss von der Schule. Dort, wo Essen in Schulen und Kitas aufgetischt wird, lässt die Qualität oft zu wünschen übrig. Mindestens vier Euro pro Kind und Tag sind nötig, um eine hochwertige Verpflegung und eine gesunde Entwicklung zu gewährleisten. Für alle Kinder und Jugendlichen in öffentlichen Einrichtungen wären also jährlich rund 8,3 Milliarden Euro aufzubringen.

*Noch einmal, wie soll das finanziert werden?*

Karin Binder: Würden wir uns die Steuergeschenke für Dienstwagen, Hoteliers und die stromintensive Industrie sparen, ließe sich eine hochwertige und flächendeckende Schul- und Kitaverpflegung locker finanzieren. Bei den „PISA“-Siegern Schweden und Finnland

ist eine unentgeltliche Schulverpflegung selbstverständlich.

*Kostenlose Verpflegung soll also auch Unterschiede zwischen betuchten und ärmeren Schülern aufheben?*

Karin Binder: Ja. Wir wollen, dass Kinder nicht zu Bittstellern herabgewür-



dig werden. Kinder aus armen Familien könnten zwar über das „Bildungs- und Teilhabepaket“ der Bundesregierung einen Zuschuss beantragen, das wird aber wegen der bürokratischen Hürden oft nicht gemacht. Obendrein kostet dieser Verwaltungsaufwand eine Menge Geld, das sinnvoller direkt für die Schulspeisung eingesetzt werden sollte. In ihrer Not versuchen klamme Kommunen, das Essen billig zu kalkulieren und die Eltern einen Beitrag zahlen zu lassen. Fehlt das Geld, gibt es kein Essen.

*Eine hochwertige Schulverpflegung scheint bisher die Ausnahme zu sein. Auf welche Qualitätsstandards pochen Sie?*

Karin Binder: Schulessen muss schmecken, es muss frisch und abwechslungsreich sein. Die Zutaten sollten saisonal eingekauft werden, möglichst aus der Region und auch aus biologischer Erzeugung kommen. Sie müssen frei von Zusatzstoffen sein. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) hat

dazu Qualitätsstandards entwickelt, die auch kulturelle und religiöse Interessen berücksichtigen. Wichtig sind für die Kinder auch freundliches Personal und gemütliche Räume. Noch wichtiger aber ist es, sie von Anfang an in Planung und Gestaltung der Mensa und die Auswahl der Menüs mit einzubeziehen.

*Letztes Jahr erkrankten in Deutschland 11000 Kinder an Schulessen, das mit Keimen belastet war. Woran scheitert bisher die Umsetzung von Qualitätskriterien?*

Karin Binder: In Sachsen-Anhalt zum Beispiel stehen einschließlich Mehrwertsteuer nur 1,50 bis 1,80 Euro für ein Essen zur Verfügung. Für diesen Preis können nur wenige Großanbieter die Schulen und Kitas beliefern. Dafür wird das Essen oft stundenlang warmgehalten. Allein die Cateringfirmen Sodexo und Dussmann beliefern bundesweit über 70 Prozent der Schulkantinen. Geraten Keime in diese Lebensmittel-

kette, kommt es schnell zu Massenerkrankungen. Wir fordern deshalb, dass die Versorgung dezentral, ortsnah und möglichst durch Schul- oder Gemeindegärten erfolgen soll. Qualitätsstandards müssen in Schul- und Kitagesetzen aufgenommen werden.

*Wäre es nicht auch nötig, Schülern den Umgang mit Lebensmitteln beizubringen?*

Karin Binder: Ja, natürlich. Aber gute Ernährung können Kinder und Jugendliche nicht aus Schulbüchern lernen. Deshalb möchten wir auch, dass wieder Lernküchen eingerichtet werden. Wichtig ist, den Genuß und die praktische Erfahrung mit der Theorie zu verbinden. Gemeinsames Zubereiten, Kochen und Essen macht Spaß, und gelernt wird nebenbei.

*Erschienen in Tageszeitung junge Welt, 17.1.2013*

## Fördern statt weiter kürzen

„Wenn der neue Kultusminister Andreas Stoch das Sitzenbleiben abschaffen will, muss er sagen, wie das umgesetzt werden kann“, fordert Marta Aparicio, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der LINKEN Baden-Württemberg.

Aparicio weiter: „Wenn Stoch erkannt hat, dass Sitzenbleiben nicht als Lernmotivation für Schüler taugt, muss er auch die notwendige Förderung zur Verfügung stellen und nicht weiter kürzen. Besonders dringend ist eine zusätzliche Förderung an den Realschulen. Hier will das Ministerium im neuen Organisationserlass offenbar nicht einmal die versprochene Aufstockung der Poolstunden umsetzen. Ohne zwei verbindliche Poolstunden für alle Klassen betreibt die Landesregierung weiterhin nur Ankündigungspolitik.“

## Mannheim: Linksjugend für Modernisierung der Stadtbibliothek

Die Linksjugend spricht sich für eine Modernisierung der Stadtbibliothek Mannheim aus und hat sich mit einem Schreiben an die Bibliotheksleitung gewandt. Die jungen LINKEN nennen darin zahlreiche Maßnahmen, wie das Erscheinungsbild der Bibliothek verjüngt werden könnte.

Die Jugendorganisation der Linkspartei will insbesondere die Zusammenarbeit mit Schulen forcieren. „Es wäre klasse, wenn die Schülerschleuse als Bibliotheksausweise funktionieren würden. Dies hätte einerseits eine Werbewirkung für diejenigen, die die Bibliothek bislang nicht nutzen, und andererseits den Vorteil, dass bisherige Nutzer eine zusätzliche Karte sparen würden“,



## Angestellte dürfen keine Lehrer zweiter Klasse bleiben

DIE LINKE unterstützte am 1. März die landesweite Warnstreikaktion der GEW in Stuttgart.

„Angestellte Lehrer dürfen nicht länger wie Beschäftigte zweiter Klasse behandelt werden“, fordert Edmond Jäger vom Landesvorstand der LINKEN. Die von der GEW geforderten 6,5% mehr Gehalt sind das Minimum, angesichts hunderter Euro Gehaltsunterschied zu Beamten und jahrelang stagnierender Gehälter im öffentlichen Dienst.

„Unter Grün-Rot im Land liegt die Bildungspolitik im Argen“, führt Jäger aus. Neben der realen Schrumpfung

der Gehälter der Lehrer werden im gegenwärtigen Doppelhaushalt 2300 Lehrerstellen weggekürzt, bis 2020 sind über 11.000 geplant. Damit kürzt die Landesregierung bei den Chancen der nachfolgenden Generation. Die Bildung wird regelrecht kaputt gespart.

SPD und Grüne verstecken sich bei ihren Kürzungen hinter der Schuldenbremse, die sie selbst beschlossen haben. Die LINKE fordert eine Umkehr bei der Steuerpolitik, die durch Vermögensteuer und die Besteuerung hoher Einkommen einen starken Sozialstaat mit guter Bildung und öffentlichem Dienst ermöglicht.

erklärt Linksjugend-Kreissprecher Julien Ferrat.

Ebenso soll die Stadtbibliothek verstärkt eine Plattform für Nachwuchsautoren in Form von Lesungen und Ateliers anbieten. „Die Lage der Zentralstelle im Stadthaus N 1 ist für öffentliche Veranstaltungen ideal geeignet. Bislang wird dieses enorme Potenzial noch zu wenig ausgeschöpft. Kaum eine andere Stadtbibliothek ist derart zentral gelegen“, befindet Linksjugend-Landessprecherin

Mia Selin Gören. Zudem soll nach dem Willen der jungen LINKEN der Multimedia-Bereich erweitert werden. Neben dem Bestand an E-Books soll auch das Angebot an Video on Demand ausgebaut werden. Wichtig sei es hierbei, das Online-Portal Metropolib stärker bekannt zu machen. Außerdem sollen die sozialen Netzwerke zur Bewerbung von Neuerungen im Bestand der Stadtbibliothek besser genutzt werden.

Linksjugend [solid] Mannheim

## Haushaltsberatungen: Kuschelorgie im Tübinger Gemeinderat

Der Tübinger Haushalt ist ein Armutszeugnis. Trotz riesigen Mehreinnahmen wurden die Sozialkürzungen der letzten Jahre nur an wenigen Ecken korrigiert. Für Erzieherinnen gelten weiter gekürzte Verfügungszeiten. Über die Hälfte der Reinigungskräfte bleiben in Niedrigtarife ausgelagert.

Gerechte Bezahlung bei typischen Frauenarbeitsplätzen wird ausgeblendet. Im Gemeinderat hätte es eine Möglichkeit gegeben, die überhöhte Grundsteuer auf das Niveau von Reutlingen abzusenken. Weil diese Steuer voll an die Mieter durchgereicht wird und dabei besonders Familien mit Kindern trifft, wäre das ein Beitrag gegen die Mietpreisexplosion in der Stadt. CDU und WUT ließen sich das Anliegen von den Grünen abschwächen. Die SPD propagierte lautstark die Einführung eines gebührenfreien Kindergartenjahres, aber leider nur in der

Mittwochspalte des „Tagblatts“. Wer hoffte, sie würde diese Forderung in die Haushaltsberatungen einbringen, wurde enttäuscht. Die Verhandlungsoberin der Grünen ließ eine Debatte darüber nicht aufkommen und die SPD kuschte weg, wie schon vor zwei Jahren in der Landesregierung. Wir waren zu Kompromissen bereit und verhandelten mit. Aber selbst bei ein paar Euro mehr für die Öffnung eines Hallenbades über den Sommer zu Gunsten von Seniorinnen und Menschen mit Handicaps zeigte man die kalte Schulter. Auch die einjährige Übernahme von Azubis: Fehlanzeige. Die Applaus- und Kuschelorgie von CDU bis Piraten war peinlich. Das Ergebnis ist nicht sozial ausgewogen, deshalb stimmten wir diesmal gegen den Haushalt.

Gerlinde Strasdeit, Leserbrief im „Schwäbischen Tagblatt“.

## Linke Kommunalpolitiker unterstützen die Initiative „Vermögenssteuer jetzt“

In mehreren Städten und Landkreisen in Baden-Württemberg gibt es den Versuch von Mandatsträgern der LINKEN der Initiative „Vermögenssteuer Jetzt“ beizutreten.

In **Konstanz** hat das bereits geklappt. Nach einem interfraktionellen Antrag von den Fraktionen der Freien Grünen Liste, der SPD und der Linken Liste und dem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss ist die Bodenseegemeinde seit dem Januar 2013 der Initiative beigetreten. In **Tübingen** wird ein entsprechender interfraktioneller Antrag auf Initiative der LINKEN im Gemeinderat beraten. Nach einer Zusage der SPD-Fraktion hängt es jetzt an den Grünen, ob Tübingen die nächste baden-württembergische Stadt der Initiative sein wird. In **Mannheim** wurde ein Antrag von SPD, Grünen und LINKE auf Initiative der LINKEN zuerst abgelehnt. Der OB stellte schlicht fest, der Antragsgegenstand liege nicht in der Zuständigkeit der Gemeinden. Nach Intervention der Antragsteller wird der Antrag nochmal auf die Tagesordnung gesetzt, der OB gab an, er „habe sich

vertan“. Diese Begründung, die mangelnde Zuständigkeit des Gemeinderats, ist aber in **Heilbronn** das Problem. Der OB hat sich beim Regierungspräsidium rückversichert, dass er das Thema nicht zu behandeln braucht, bzw. darf. Unten stehend der Antrag von SPD, Grünen und LINKEN im Heilbronner Gemeinderat, unterschrieben u.a. von Hasso Ehinger. Im Heilbronner Landkreis hat Kreisrat Johannes Müllerschön in seiner Haushaltsrede den Beitritt des Landkreises zur Initiative gefordert.

Weitere kommunalpolitische Informationen auf [www.kompofo.de](http://www.kompofo.de)  
Florian Vollert, Heilbronn, Forum Linke Kommunalpolitik

### Der Heilbronner Antrag „Vermögenssteuer Jetzt“

Die Fassung des fraktionsübergreifenden Antrags von SPD, Grüne, FWV und Linke in Heilbronn: lautete: Beitritt zur Bewegung „Vermögenssteuer jetzt!“

Hiermit beantragen wir, dass die Stadt Heilbronn

1. der Bewegung „Vermögenssteuer jetzt!“ entsprechend dem Beschluss



Bilder vom Frauentag der LINKEN in Karlsruhe (oben) und Aalen.

des Marburger Stadtrates beitrifft und 2. sich auf Ebene des Städtetags auf Landes- und Bundesebene für die Einführung einer Vermögenssteuer einsetzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema in der Sitzung des Gemeinderats am 9.10.2012 zu behandeln und eine Entscheidung herbeizuführen.

### Begründung

Angesichts der zu geringen Einnahmen wird sich bei weiter steigenden Ausgaben für Bildung und Betreuung, für soziale Leistungen, für Infrastruktur und Klimaschutz eine immer schwierigere Finanzlage für die Kommunen ergeben. Mit dem Fiskalpakt verengen sich die finanziellen Spielräume der Länder und Kommunen. Verschiedene Landesregierungen bedenken eine Initiative zur Einführung einer Vermögenssteuer, um die Finanzsituation der Länder und Kommunen grundsätzlich zu verbessern. Um den öffentlichen Druck so zu erhöhen, dass sich dafür im Bundestag eine Mehrheit ergibt, muss diese Forderung auch seitens der Kommunen unterstützt werden.

## Freiburg, Kommunalwahl 2014: Linke Liste-Solidarische Stadt (LisSt) tritt wieder als breites Personenbündnis an – DIE LINKE ist mit dabei.

„In einer gemeinsamen Sitzung von LisSt und der Partei DIE LINKE wurde vereinbart, wieder als bewährtes Personenbündnis anzutreten und bei den FreiburgerInnen mit einer bunten, sozial-bewegten KandidatInnenliste um Unterstützung zu werben. Mitglieder von DIE LINKE werden dabei, wie vor vier Jahren, wieder auf der Liste der Linken Liste/Solidarische Stadt kandidieren“, so Hendrijk Guzzoni, Stadtrat und Mitglied im Arbeitsausschuss der LisSt und Uta Spöri, Kreissprecherin der LINKEN.

Die bisherige Gemeinderatsarbeit

der Linken Liste/Solidarische Stadt in der Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen (UL3) wird als sehr erfolgreich bewertet und soll inhaltlich fortgeführt werden. Die thematischen Schwerpunkte der jetzigen Politik – für eine solidarische und offene Stadt, gegen Armut und Ausgrenzung, für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung, für eine bezahlbare Mietropolitik – bleiben weiter bestehen und werden im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen.

Für den Frühsommer ist eine bürogeoffene Kommunalpolitische Konfe-

renz geplant, auf der diese Grundsatzen diskutiert und eine erste programmatische Plattform verabschiedet werden soll. Aktuell ist die LisSt mit vier StadträtInnen im Gemeinderat vertreten und bildet zusammen mit der Kulturliste und den Unabhängigen Frauen die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen (UL3).

*Hendrijk Guzzoni, Stadtrat,  
Anne Reyers, LISST Arbeitsausschuss,  
Uta Spöri, Kreissprecherin DIE LINKE,  
14.2.2013*

## Sozialkonferenz in Freiburg am 2. März: Reich macht arm

### Kommunale Strategien gegen soziale Ausgrenzung

Welche Spielräume hat Kommunalpolitik angesichts der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft? Was können Initiativen von unten auf lokaler Ebene bewegen? Um sich mit diesen und weiteren Fragen zu beschäftigen, kamen am Samstag, 2.3.2013, in Freiburg über 70 Interessierte zu einer ganztägigen Veranstaltung zusammen, darunter etliche Menschen, die selbst am Existenzminimum leben. Mit dabei auch die Bundestagsabgeordnete Karin Binder sowie der Mannheimer LINKE-Stadtrat Thomas Trüper.

In Erinnerung an Martin Klaus, einen engagierten und solidarischen Kämpfer gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie gegen wachsenden Reichtum, der im Oktober 2011 unerwartet gestorben war, hatten zwei Organisationen als Hauptveranstalter eingeladen: der Runde Tisch zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg sowie die ChristInnen für den Sozialismus, eine internationale Bewegung linker Christinnen und Christen mit Ursprung in Chile. In beiden Organisationen hatte Martin Klaus aktiv mitgewirkt.

Der Hauptreferent und Armutsforscher Prof. Walter Hanesch (Hochschule Darmstadt) ging auf die Möglichkeiten und Grenzen kommunalpolitischer Strategien gegen Armut ein. Hanesch berichtete von Kommunen, die mit Hilfe eines ressortübergreifenden sozialen Handlungsprogramms bewusst Gegenakzente gegen die gesellschaftliche Spaltung zu setzen versuchen. Hierbei können auch Bundesprogramme hilfreich sein, wenn diese unter Beteiligung der Menschen vor Ort im Sinne einer solidarischen Stadt genutzt werden. Trotz dieser Möglichkeiten dürfe man sich allerdings nicht der Illusion hingeben, Armut allein auf kommunaler Ebene bekämpfen zu können.

In vier Workshops am Nachmittag

stand dann die Selbstermächtigung der Ausgegrenzten aus ganz unterschiedlichen Perspektiven im Mittelpunkt der Diskussion. So wurde über Frauenarmut debattiert, die Rolle der Kirchen kritisch reflektiert und die Frage erörtert, was wir hier von lokalen Basisinitiativen in Brasilien lernen könnten. Ein Workshop diente dem Austausch von VertreterInnen der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg sowie lokaler Initiativen aus Mannheim, Offenburg, Villingen-Schwenningen und Freiburg, aber auch aus Basel und Mulhouse. Ob Sozialticket in Mannheim, selbstorganisiertes Internetcafé in Basel oder ein Solidaritätsrestaurant in Mulhouse, in dem alle so viel bezahlen, wie sie können, es gab einige Ideen, wie in solidarischer Form der sozialen Ausgrenzung

begegnet werden kann. Im Gegensatz zu diesen solidarischen Modellen wurde im Abschlussplenum die „Vertafelung“ der Gesellschaft als ein Moment paternalistischer Armenfürsorge kritisch hinterfragt, ohne auszublenden, dass inzwischen immer mehr Menschen am Existenzminimum auf diese Form der Unterstützung angewiesen sind. Gleichzeitig wurde der sich häufig verbergende Reichtum thematisiert, womit sich der thematische Kreis der Veranstaltung am Ende wieder schloss. Die Anwesenden waren sich einig, dass über die Umverteilung von Reichtum auf kommunaler Ebene die materielle Basis für ein solides Gegensteuern gegen soziale Ausgrenzung in einer reichen Gesellschaft geschaffen werden kann.

*Peter Sand*



Am 9.3.2013 fand anlässlich des 2. Jahrestags der Atom-Katastrophe von Fukushima eine Aktion des Freiburger Anti-Atom-Bündnisses statt. Über 1000 Menschen – darunter auch DIE LINKE – nahmen daran teil und bildeten eine Menschenkette in der Innenstadt. Wesentliche Forderungen der Kundgebung war ein schneller und unumkehrbarer Ausstieg aus der Atomkraft im Land und im Bund, eine Entmachtung der Atomkonzerne sowie der Aufbau einer nachhaltigen, regenerativen Energieversorgung zu sozialen Preisen.

**Christoph Ozasek, Linke im Regionalparlament Stuttgart, 6. März:**

## Baden-Württemberg ist Entwicklungsland in Sachen Energiewende

Bei der Windkraft trägt der Südwesten auch zwei Jahre nach dem Regierungswechsel die grün-rote Laterne im Vergleich der Flächenländer.

Die abgeschalteten AKWs in Deutschland werden nach der Katastrophe von Fukushima anstatt durch erneuerbare Energien hauptsächlich durch die massive Förderung der Kohleenergie und durch fossiles Gas substituiert. Allein 2013 gehen 5.300 MWh an Leistung aus Steinkohle ans Netz, auch in der Rheinschiene. So kann Energiewende nicht gelingen, so bleibt sie eine leere Worthülse, insbesondere solange die Notwendigkeit zur Energieeinsparung ausgeblendet wird.

Im Verfahren zur Teilplanänderung Wind sind wir alle hoffnungsvoll gestartet. Nun zeigt sich, dass die fehlende Konsequenz auf Seiten der Ministerien und eine politische Blockade in den schwarzen Landratsämtern dazu führt, dass Potentiale nicht gehoben werden können. Die ursprünglich 96 geeigneten Standorte schmelzen regelrecht dahin. Als untere Naturschutzbehörden können die Landratsämter bei der Öffnung der Landschaftsschutzgebiete eine regelrechte Blockade betreiben, und genau die findet statt.

Es muss, damit sie mich richtig verstehen, rote Haltelinien bei der Windenergie geben, besonders beim Natur- und Artenschutz. Aber es kann nicht sein, dass aus offensichtlich taktischen Gründen keine beschleunigende Vereinheitlichung zur fachlichen Beurteilung für die Verordnungsgeber kommt. Hier werden doch Konflikte vor Ort durch eine Verzögerungstaktik bis zur Bundestagswahl gedeckelt. Mit diesem Schlingerkurs der Landesregierung muss endlich Schluss sein, gleiches gilt für die ideologische Blockade bei den Landratsämtern.

### Zum Ergebnis der Klage gegen das Land Baden-Württemberg im Fall der Biogasfabrik in Nürtingen.

Wie erwartet hat sich der von Ihnen allen am 25. Juli 2012 verabschiedete Kriterienkatalog zu nicht-privilegierten Biogasanlagen als Achillesferse erwiesen. Das Verwaltungsgericht hat aus diesem Katalog den erklärten Willen der Mehrheit der Regionalversammlung herausgelesen, den Außenbereich für Biogasfabriken grundsätzlich zu öffnen. Sie alle haben damit ihren Teil zu diesem für die Region schmerzhaften erstinstanzlichen Urteil beigetragen. Die Verabschiedung des Katalogs war falsch, und es ist bedauerlich, dass dies, abgesehen von uns LINKEN, bis heute keine andere Fraktion erkannt hat (oder sich eingestehen möchte).

Und, werte Kolleginnen und Kolle-

gen, bei diesem Projekt des Remondis-Imperiums geht es doch nicht um Klimaschutz oder die Energiewende, sondern um Profit.

Diese Biogasfabrik ist überdimensioniert, am Standort überflüssig und schädlich, und letztlich trägt sie unterm Strich nichts zum Klimaschutz bei. Ich möchte nur daran erinnern: 1.600 ha Fläche stünde allein in der Region Stuttgart an Gewerbe- und Industriegebieten zur Verfügung und ausreichend Kapazitäten in ähnlichen Anlagentypen sind längst bei uns vorhanden.

Der Schutz des Grünzugs vor großtechnischen und quasi irreversiblen Infrastruktureingriffen müsste in der Regionalversammlung oberste Priorität haben. Doch leider lassen sich noch immer zu viele von der ökologischen Tarnkappe dieser Anlage täuschen.

Wenn Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, dieses Urteil heute anerkennen, dann sollten Sie konsequent sein,

### Rede von Heike Hänsel, MdB Die Linke, auf der 163. Montagsdemo gegen Stuttgart 21 am 4.3.2013

## Ausstiegsverhandlungen beginnen – Jetzt!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, wir sind nun an einem historischen Punkt angelangt. Nach mehr als vier Jahren aktiven Widerstands gegen das wahnsinnige Milliardengrab Stuttgart 21! Morgen, am 5. März, will der Aufsichtsrat der Bahn über den Weiterbau von Stuttgart 21 entscheiden (...). Der Bahnvorstand hat letzte Woche im Verkehrsausschuss des Bundestages noch einmal eine Kalkulation vorgelegt, dass sich alle Balken biegen: nun errechnet die Bahn also zwischen Ausstiegskosten und Kosten für den Weiterbau eine Wirtschaftlichkeit für die Bahn von 77 Mio. Euro, wenn weitergebaut wird, dreister geht es bald nicht mehr! Das zeigt erstens, dass die Bahn weiterhin trickst und täuscht, und zweitens, dass es in der jetzigen Entscheidung nur noch einzig und allein um die Unternehmensbilanz und die Kredit-Ratings der Bahn AG geht, aber überhaupt nicht um eine moderne Bahninfrastruktur in ganz Deutschland; nicht um gute Mobilität für die Bürgerinnen, nicht um das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse und schon gar nicht um einen leistungsfähigen Bahnhof für Stuttgart, all das kommt in dem Papier zur Einschätzung des Projektes nicht vor, und das Ganze gipfelt in dem Satz, „dass man das Projekt Stuttgart 21 mit dem heutigen Kenntnisstand nicht beginnen, aber fortführen würde“.

und es zukünftig unterlassen in ihren Sonntagsreden den Flächenfraß und die Versiegelung unserer Böden zu beklagen. Denn jede Belastung im Außenbereich ist ein Magnet für weitere Eingriffe. Das haben Sie im Kriterienkatalog selbst als Willensbekundung festgelegt. Kompakte Siedlungsflächen werden so unterminiert. Und sie geben so dem Regierungspräsidium, das im regionalen Grünzug offensichtlich nur eine potentielle Baulandreserve sieht, freie Hand.

Seien sie konsequent, stimmen sie gegen den Beschlussvorschlag und damit für das Berufungsverfahren.

**Beratungsergebnis:** Das Urteil des Verwaltungsgerichts im Fall der Zielabweichung für die Biogasfabrik in Nürtingen bleibt unanfechtbar. Mit 54 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen (LINKE, einige Grüne und Teile der CDU-Fraktion) wurde das Urteil von der Regionalversammlung anerkannt.

Nun soll eine spezielle Projektgruppe, die der Aufsichtsrat einrichten will, den Weiterbau von Stuttgart 21 besser kontrollieren, aber wir wissen doch: der Rückbau der Kapazität, die unkalkulierbaren geologischen Risiken, die Gefährdung der Mineralquellen, der fehlende Brandschutz, eine fehlende seriöse Finanzierungsgrundlage kann doch nicht mehr „besser kontrolliert“, das kann nur noch abgewickelt werden und zwar besser heute als morgen!



Die nun öffentlich gemachten frisierten Zahlen der Bahn, sowohl Baukosten als auch Ausstiegskosten, machen eines ganz klar deutlich: die Legitimität der Volksabstimmung ist lange dahin und deshalb ist es überfällig, dass Stadt und Land sich nicht mehr hinter dieser Abstimmung verstecken und endlich Ausstiegsverhandlungen beginnen. Denn der Bahnvorstand und der Aufsichtsrat berufen sich ja darauf, es gebe bisher keine Entbindung von der Projektdurchführungspflicht, hier sind die Projektpartner gefordert zu handeln! Herr Kretschmann, Sie sind für den Ausstieg gewählt worden und nicht für den Weiterbau! Die Finanzierungsgrundlage ist nicht mehr gegeben, und um Schaden vom Land abzuwenden durch immer neue Geldforderungen von Seiten der Bahn, stehen Sie in der Pflicht auszustiegen, dazu gehört auch ein sofortiger Baustopp, denn sonst wird der Aus-

stieg immer teurer! Die Bahn will mit Biegen und Brechen, den „Point of no Return“ des Projektes erreichen, damit ein Ausstieg unmöglich gemacht wird, das darf nicht kritisch begleitet, sondern muss verhindert werden! Es gibt keine Alternative dazu, dass sich alle beteiligten Projektpartner, auch die Stuttgarter Bevölkerung, mit der Bahn an einen Tisch setzen und über einen tragfähigen und für alle Seiten erträglichen Ausstieg verhandeln!

Laut eines Monitor-Berichts lagen dem Bahnvorstand und dem Aufsichtsrat schon 2008 höhere Zahlen vor. Die Bahn hat die Sprengung des Kostendeckels der Öffentlichkeit aber erst Ende letzten Jahres bekannt gegeben, als plötzlich die Gesamtkosten auf bis zu 6,8 Milliarden Euro korrigiert wurden. Damit hat die Bahn die Öffentlichkeit jahrelang getäuscht, aber auch der damalige Bundesverkehrsminister Tiefensee und Finanzminister Steinbrück müssen sich die Frage gefallen lassen, welche Zahlen hatten sie vorliegen und warum haben sie diese Manipulation gedeckt?? Das zeigt eines deutlich: es geht bei der Bundestagswahl eben nicht um einen reinen Regierungswechsel, wir brauchen einen Politikwechsel in Deutschland!

Finanzminister Schäuble will nun weiterbauen lassen aufgrund eines „gesamtstaatlichen Interesses“. Herr Schäuble, es gibt ein ganz anderes gesamtstaatliches Interesse und dafür

braucht es mehr Geld: für Krankenhäuser, Schulen und Kitas, für gute Löhne für gute Arbeit im öffentlichen Dienst, deshalb machen Sie ein gutes Angebot in den jetzigen Tarifeinsetzungen statt immer neue Milliarden in ein irrsinniges Projekt zu stecken! Deshalb schicke ich einen solidarischen Gruß zum morgigen landesweiten Warnstreik von Ver.di und die Kundgebung in Stuttgart!

#### **Gute Bahn für alle !**

Und es gibt ein weiteres gesamtstaatliches Interesse: eine gute Bahn für Alle! Allein in Baden-Württemberg gäbe so viele wichtige Bahnprojekte, die finanziert werden müssten, statt Stuttgart 21: so viele marode, verlassene Bahnhöfe, die bis heute zudem nicht barrierefrei sind, die überfällige Elektrifizierung – nur die Hälfte des Schienennetzes ist derzeit elektrifiziert, in der Schweiz sind es 95%! Den Ausbau der Rheintalbahn, der zweigleisige Ausbau vieler wichtiger Strecken, eine Bodensee-S-Bahn, Ausbau von regionalen Stadt- bzw. S-Bahn-Systemen (z.B. Neckar-Alb, Rhein-Neckar, Breisgau etc.). Wir haben so viele Vorschläge gemacht für ein bahnsinniges Baden-Württemberg, so könnte eine intelligente Investitionspolitik der Bahn aussehen, die eine soziale Mobilität für alle ermöglicht!

Es geht um sehr viel und deshalb müssen wir unseren Widerstand verstär-

ken, bis Stuttgart 21 gekippt wird! Dies ist unser demokratisches Grundrecht und es ist nicht hinnehmbar, dass auch unter der grün-roten Landesregierung S21-Gegner weiterhin rechtlich belangt und kriminalisiert werden für Verletzung von Bannmeilen, Verstöße gegen Versammlungsaufgaben (Karl Braig). Es sind immer noch mehr als 4000 Verfahren anhängig, und im Rosensteinpark und an den Baustellen werden regelmäßig Platzverweise für Demonstranten, Blockierer etc. erteilt, wir wollen eine Einstellung dieser Verfahren statt Amnestie für die Polizisten des Einsatzes vom 30.9. im Schlossgarten!

Wir kämpfen hier in Stuttgart stellvertretend für Viele für demokratische, soziale und ökologische Rechte, denn Stuttgart 21 ist überall. Deshalb wird eine Delegation von Stuttgart-21-Gegnern zum Weltsozialforum Ende März nach Tunesien fahren, um sich mit den Bewegungen in den arabischen Ländern auszutauschen, wir brauchen einen „Stuttgarter Frühling“, der dieses Projekt versenkt und alle Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht! Und wenn der Aufsichtsrat morgen anders entscheiden wird: eines steht fest, unser Widerstand geht auf allen Ebenen weiter, mit Demonstrationen, Blockaden, juristischen Schritten und neuen Initiativen im Bundestag! Und wir werden Stuttgart 21 zum Prüfstein der Bundestagswahl machen! OBEN BLEIBEN – NO PASARAN!

## **Rottenburgs CDU instrumentalisiert Sport für Parteipolitik**

Der Rottenburger Verleger Jochen Kopp, bundesweit berüchtigt für islamfeindliche und rechtspopulistische Bücher, TV- und Nachrichtensendungen, zieht sich als Sponsor des TV Rottenburg zurück und macht dafür die „fortgesetzten und diffamierenden Äußerungen des Stadtrats Bodenmiller“ und die „regelmäßig damit einhergehende tendenziöse Berichterstattung der regionalen Medien“ (sprich: Rottenburger Post, SWR 4) verantwortlich.

Vorausgegangen war die heftige Kritik von Bodenmiller (Fraktionsvorsitzender von BfH/ Die Linke) am Verlagsprogramm – einer Mischung aus Verschwörungstheorien, Esoterik, Kochbüchern, ausländerfeindlichen Schriften – nachdem der Gemeinderat einen Geländeverkauf an Kopp beschlossen hatte. Auf der Kopp-Homepage hatte „Starautor“ Udo Ulfkotte unter voller Namens- und Adressenangabe indirekt dazu aufgefordert, den Kritiker Bodenmiller zu belästigen – wochenlangender Telefonterror war die Folge. Bereits im Mai 2011 hatte Ulfkotte auf derselben Homepage bei der EHEC-Sprossen-Epidemie mit 36 Toten im Mai 2011 behauptet, muslimische Erntearbeiter in Spanien hätten auf Gurken gepinkelt, um Europäer in

einem „Fäkalien-Djihad“ zu töten. – Jetzt nutzen CDU-Stadtrat Schuh und TVR-Geschäftsführer Norbert Vollmer den Rückzug des Sponsors Kopp zu einer zeit- und fast wortgleichen Kampagne gegen Bodenmiller, um ihn als Sündenbock für eine Finanzklemme des TVR anzugreifen. Dafür werden sie in Leserbriefen heftig angegriffen. Denn sie betreiben durchsichtige Instrumentalisierung des Sports für parteipolitische Interessen, die dem Sport und dem TVR schaden! Kopp ist nur einer von 80 Sponsoren des TVR, verglichen mit seiner Millioneninvestition in den Verlagsneubau dürfte sich sein Sponsorenbeitrag mickrig ausnehmen. Offensichtlich will sich Rottenburgs CDU zusammen mit Ex-OB Tappeser im Vorfeld der Wahlen als „Sportpartei“ profilieren.

Dabei hat der Sport Besseres verdient: Er erfüllt wichtige gesellschaftliche Aufgaben wie Jugendarbeit, Fitness und Gesundheitsvorsorge, Förderung von Behinderten und Integration von Migranten: Mit ca. 3,8 Mio. Mitgliedern sind 35 Prozent der Bevölkerung in einem Sportverein! Für all diese Aufgaben reichen die Mitgliedsbeiträge der Vereine nicht aus. Notwendig sind Landesmittel und höhere Zuschüsse des

Landkreises und der Stadt. – Aber es ist gerade die CDU, die in den 57 Jahren ihrer Herrschaft in unserem Ländle Landes- und Gemeindekassen geleert und sie für Erpressungen bei Grundstücksverkäufen, Gewerbeansiedlung und dubiosen Sponsoren von Vereinen anfällig gemacht hat.

Jahrelang hat die CDU-Regierung 420 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich entnommen, um ihren maroden Landeshaushalt zu schönen. Dies behindert den Kita-Ausbau, die Krankenhausfinanzierung und Investitionen in den Regionalverkehr. Sie hat den Gemeinden immer mehr Aufgaben verordnet, ohne diese zu finanzieren und sie zu teuren Privatisierungen öffentlicher Aufgaben gezwungen.

Diese Politik der finanziellen Schwächung der Kommunen und der Daseinsvorsorge, die Kommunen anfällig macht für Erpressungen durch große Investoren, durch Immobilienspekulanten und dubiose Sponsoren, muss durch eine verbesserte Ausstattung der Kommunalfinanzen und durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer beendet werden.

*Dr. Emanuel Peter,  
Stadtrat in Rottenburg*

# LINKE im Mannheimer Gemeinderat: Öffentliches Hearing „Gutes Wohnen für Alle!“

DIE LINKE im Mannheimer Gemeinderat hat sich das Thema „Gutes und bezahlbares Wohnen für alle“ als einen ihrer Schwerpunkte gesetzt, weil das Thema Wohnen für Menschen mit geringem Einkommen, ja selbst mit Einkommen für qualifizierte Tätigkeiten, ein ständig wachsendes Problem darstellt.

Wie sehr das Thema den Menschen auf den Nägeln brennt, war bei diesem Hearing offensichtlich – viele waren gekommen und die meisten blieben bis zum Ende – fast vier Stunden lang. Eine Arbeitsgruppe aus dem Kommunalausschuss der LINKEN hatte zahlreiche Fakten zum Thema „Wohnen in Mannheim“ zusammengetragen und diskutiert. Stadtrat Thomas Trüper präsentierte einige davon zu Beginn des Hearings (s. Kasten).

Und was diese Fakten im wirklichen Leben für zahlreiche Menschen in Mannheim heißen, wurde durch den Beitrag von Frau Hartje-Severa von Pro Familia überdeutlich: „Wohnraumversorgung“ für hilfesuchende Frauen, die zu ihnen kommen, ist als Aufgabe explizit an Pro Familia übertragen. Frau Hartje-Severa erlebt in ihrer täglichen Arbeit hautnah, was es bedeutet, wenn sich ein immer größerer Personenkreis um einen immer mehr schrumpfenden Wohnungsmarkt im unteren Mietpreissegment drängt. Und sie erlebt, dass Wo-und-wie-man-wohnt in zunehmendem Maße Indikator für den sozialen Status ist und direkte Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit der betroffenen Menschen hat. Sie erlebt, dass sich Hilfesuchende bei der städtischen GBG-Wohnungsbaugesellschaft hingehalten, nicht ernstgenommen und unwürdig behandelt fühlen. Unverständlich ist ihr, dass die Kommunen eher Wohngeldzuschüsse statt Gelder für die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen bereitstellen.

Solcherlei Vorwürfe kann der Vertreter der GBG, Herr Zimmermann (Prokurist), natürlich nicht unkommentiert stehen lassen. Zahlreiche Stimmen aus dem Publikum bestätigten die Erfahrungen von Frau Hartje-Severa. Was ist der Hintergrund für dieses abweisende Verhalten der GBG? Nach Aussage von Herrn Zimmermann kann die GBG zurzeit lediglich über 30 freie Wohnungen verfügen – dagegen stehen 2.800 aktiv Wohnungssuchende. Und innerhalb des Wohnungsbestandes wächst der Bedarf nach Wohnungen, die zumindest

„barrierearm“ oder sogar „barrierefrei“ sind. 3.000 der 19.000 Wohnungen im Bestand der GBG haben keine Zentralheizung. Geheizt wird hier teilweise mit Elektroöfen. Was das für die Heizkostenabrechnung heißt, kann man sich ausrechnen. Vor allem, da es sich hier um Wohnungen handelt, die denkbar schlecht isoliert sind. Etwa 45 Millionen Euro veranschlagt die GBG zurzeit jährlich für Modernisierungen. Offenbar gibt es hier einen riesigen Rückstau. Und wenn sich Renovierungen nicht mehr „lohnen“? Abriss und damit Vernichtung von preiswertem Wohnraum – und in „angesagten“ Stadtteilen Neubau von Wohnungen, die sich die bisherigen Mie-

niedrigem Einkommen leben müssen, sind die Mieten in barrierefrei gebauten Wohnungen für viele unerschwinglich.

Herr Höfle vom Mieterverein Mannheim e.V. bestätigt die Erfahrungen von Klaus Dollmann: Menschen mit Behinderungen sind „schon immer“ auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt. Und je enger der Bestand an vermietbaren Wohnungen wird, desto mehr geraten sie ins Hintertreffen.

## Quotierung in Neubaugebieten

Er berichtet von Diskussionen, wie sie im Deutschen Mieterbund (DMB) geführt werden. Der DMB fordert, dass einerseits wieder Förderprogramme des Landes zum Wohnungsbau reaktiviert werden und hält darüber hinaus eine kommunale Förderung des Mietwohnungsbaus für dringend erforderlich. Dafür sei eine Quotierung bei Neubaugebieten sinnvoll: Ein bestimmter Anteil der neu ausgewiesenen Wohnbauflächen muss für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen werden!

Diese Forderung löst im Publikum eine breite Diskussion aus als ein Mittel, verschärfter Segregation und Gentrifizierung entgegenzuwirken.

Mein persönlicher Eindruck: Es war eine gute Veranstaltung – vor allem, weil damit überhaupt erstmalig in Mannheim dieses Thema öffentlich angestoßen wurde. Und es zeichnet sich ab: Es sind dicke Bretter, die es hier zu bohren gilt. Offenbar hat die Stadtplanung ihren Fokus darauf ausgerichtet, gutverdienende Einpendler aus dem Speckgürtel nach Mannheim zu locken, indem attraktive Wohnungen in guten Wohnlagen – möglichst zentrumsnah – bereitgestellt werden. Die Bemühungen sind zahlreich. Neubauprojekte in der Innenstadt und das Glückssteinquartier sind Beispiele. Und für diejenigen, die eh' schon da sind und zudem Mieten im gehobenen Preissegment nicht aufbringen können, dafür „haben wir ja unsere GBG – die macht das schon“. Und vom Prokuristen bei der GBG hören die Anwesenden: Man würde ja gerne noch mehr Geld in Modernisierung ihrer Häuser stecken und preiswerten Wohnraum auch in guten Wohnlagen schaffen – aber wie? Schließlich müsse die GBG ja wirtschaftlich handeln und sogar jährlich 1,5 Millionen Euro an die Stadt abführen. Die GBG sei also für diese Notlagen nicht verantwortlich zu machen.

Fehlt also eindeutig eine Vertretung vom FB Städtebau – Amt 61. Krankheits- und terminbedingt konnte niemand von den Verantwortlichen teilnehmen. Dies sollte nachgeholt werden.

**Wohnen!**

**DIE LINKE.**  
im Mannheimer Gemeinderat

**Gegen Mietwahnsinn und Verdrängung! | Sozialer Wohnungsbau!**

**Öffentliches Hearing**

**Gutes und bezahlbares Wohnen für alle!**

Freitag, 1. März 2013, 16 Uhr | Stadthaus N1 | Raum Swansea, 1.06

Einführung & Moderation: Stadtrat Thomas Trüper

Statements von

Gundula Hartje-Severa | pro familia  
Klaus Dollmann | Stadt Mannheim, Beauftragter f. Menschen mit Behinderungen  
Gabriel Hoefle | Mieterverein Mannheim e.V.  
Wolfgang Bielmeier (langefr.) | GBG  
Klaus Elliger (langefr.) | Stadt Mannheim, FB Städtebau

Erfahrungsberichte – Diskussion – Schlussfolgerungen

ter mit Sicherheit nicht mehr leisten können. Für mehrere Häuser in der Main-Kinzig-Straße in Neckarstadt-Ost ist die Abrissbirne vorgesehen. Die Häuser sind teilweise kaum noch bewohnt – die Leute sind gestorben oder weggezogen wegen nicht durchgeführter Renovierungen oder weil sie keine Perspektive gesehen haben. Herr Zimmermann versichert in der Runde, dass die noch Verbliebenen auf jeden Fall im Stadtteil untergebracht werden können.

Klaus Dollmann, Beauftragter der Stadt Mannheim für Menschen mit Behinderungen, berichtet von der zähen und unbefriedigenden Wohnungssuche derjenigen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, um ein nach ihren Möglichkeiten selbständiges Leben führen zu können. Da sie überwiegend von sehr

Zwei Berichte aus dem Publikum zu Ende des Hearings machen die Dringlichkeit deutlich: Der Bericht des Bezirksbeirates Roland Schuster über Gentrifizierungstendenzen in der Neckarstadt Ost sowie ein Bericht der Wohngruppe „13 ha Freiheit“ über die Schwierigkeiten, mit eigenen Mitteln zu einem vertretbaren Mietpreis unter 8,50 Euro/m<sup>2</sup> zu kommen.

### Wie zur Bestätigung: „Bildungschancen – Gefälle zwischen den Stadtteilen wächst“

So titelt der MM am 7. März 2013. Vorgestellt wurden die Ergebnisse des

2. Mannheimer Bildungsberichtes: die Ungleichheiten bei den Bildungschancen der Kinder haben innerhalb der letzten zwei Jahre noch mal zugenommen, die „soziale Schere“ hat sich geöffnet. Die Segregation schreitet voran – offensichtlich auch in Mannheim.

DIE LINKE wird in Bälde einige Anträge in den Gemeinderat einbringen, die das Ziel haben, die politische Debatte zum Thema Wohnen in Mannheim in Gang zu setzen und Lösungsansätze vorzuschlagen. Der Schwerpunkt wird dabei auf Forderungen nach mehr öffentlich gefördertem Wohnraum mit Mietpreisbindung liegen. Es kann nicht sein, dass

sanierte oder neugebaute Wohnungen für Menschen mit geringerem Einkommen zunehmend unerreichbar sind, und dass diese Menschen tendenziell z.B. nach Schönau, Rheinau und Hochstätt verdrängt werden. Eine soziale Stadt muss gut durchmischt sein. Über die Instrumente des Planungs- und Satzungsrechts muss bezahlbarer Wohnraum in der Gesamtstadt bereitgestellt werden. Diese Aufgabe kann nicht einfach an die GBG delegiert werden. Nur so kann der fortschreitenden Segregation entgegen gewirkt werden.

*Irmgard Rother, Bezirksbeirätin Neckarstadt-Ost*

## Einführung in das Hearing von Stadtrat Thomas Trüper

Wohnen in begehrten Wohnlagen, in lebendigen Stadtteilen wird selbst für Normalverdiener/innen immer schwieriger, insbesondere bei anstehendem Wohnungswechsel. Es besteht die Gefahr der Verdrängung von weniger wohlhabenden Mietern in die Peripherie, letztlich Gentrifizierung, weitere Segregation der Stadtgesellschaft.

Der Markt für bezahlbare Wohnungen wird enger, insbesondere in „normalen“ Stadtteilen.

Diese bundesweite Tendenz holt Mannheim ein, wenn gleich auch die Stadt nicht an der Spitze liegt:

Die durchschnittliche Quadratmetermiete laut Mietspiegel liegt in Mannheim 2012 bei 6,26 Euro, laut Miet-Check Ende Februar bei 8,41 Euro. In der Bundesrepublik liegt der Mietspiegel-Durchschnitt bei 6,36 Euro, in Frankfurt/ Main bei 11,96 Euro, in München bei 13,15 Euro.

Mannheim ist auch keine wachsende Stadt; Bevölkerungsbewegung im Jahr 2012 schloss mit einem negativen Saldo von 535. Lediglich der Außenwanderungssaldo ist mit 3.351 positiv. Die amtliche kleinräumige Bevölkerungsprognose 2030 geht von 293.361 Menschen mit Hauptwohnsitz aus, das würde gegenüber 2010 einen Schwund um 2,78 % bedeuten.

### Passen die Haushalte und die Wohnungen zusammen?

Auf 174.920 Privathaushalte kommen 166.847 Wohnungen. Das ist rechnerisch eine Unterdeckung, die allerdings eher mit der Definition von „Haushalten“ zusammenhängt.

Ein Nichtzusammenpassen ist jedoch schon bei Betrachtung der Haushaltsgrößen feststellbar: Ein-Person-Haushalte machen 52% aller Haushalte aus (91.584), jedoch gibt es lediglich 8.350 Ein-Raum- und 15.172 Zwei-Raum-Wohnungen. Viele Alleinstehende bewohnen somit größere Wohnungen, z.B. indem ältere Menschen nach Auszug der Kinder und Tod des Partners in der Familienwohnung bleiben. Drei- bis Vier-Zimmerwohnungen machen das Gros der vorhandenen Wohnungen aus. Den 5.518 Haushalten mit fünf und mehr Personen stehen 39.397 Wohnungen mit fünf und mehr Räumen gegenüber.

Mit dieser rein rechnerischen Betrachtung ist noch nichts über Qualität, Preis, Lage, Umfeld, Ausstattung der Wohnungen (z.B. auch für besondere Lebenslagen) gesagt, nichts über die Wohnform und nichts über die Eigentümerschaft. In Mannheim leben nur 25% der Haushalte im Eigentum, 75% zur Miete. In unserem Fokus stehen die Menschen, die sich gutes Wohnen nicht einfach durch ihr überdurchschnittliches Einkommen verschaffen können: Normal- und Geringverdienende, TransferleistungsempfängerInnen. Ihre Probleme werden durch den fast vollständig freien Wohnungsmarkt verschärft statt gelöst.

### Segregation

Wir beobachten ein zunehmendes Auseinanderdriften der

Stadtgesellschaft. Preisgünstiges Wohnen gibt es bald nur noch in „einschlägigen“ Stadtbezirken. Das führt zur Ballung von gesellschaftlichen Problemlagen.

Bestätigung findet dieser Eindruck durch eine Studie des difu-Instituts: „Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009“. An dieser Untersuchung nahmen 19 deutsche Städte teil, darunter auch Mannheim.

Das Institut geht der Frage nach: Wie sehr weichen Stadtteile z.B. hinsichtlich Kinderarmut und Migrationsanteil vom gesamtstädtischen Durchschnitt ab? Hier muss man im Vergleich feststellen: Mannheim ist eine Stadt der Superlative.

Kinderarmut: „In sechs Städten, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Köln, Mannheim und Nürnberg ist die bereits recht ‚schmale Mitte‘ nochmals um 5 Prozent geringer ausgeprägt, wobei der niedrigste Wert in Mannheim mit 37,5% (...) vorzufinden ist.“ (S. 28)

„Die Zahl der besser positionierten Stadtteile, welche sich zunehmend vom städtischen Durchschnitt entfernen, nimmt in diesen Städten zu. In Düsseldorf und Mannheim steigt gleichzeitig der Anteil der Stadtteile mit einer großen Distanz ‚oberhalb‘, also einer hohen ‚Kinderarmut‘.“ (S. 34)

„Das geringste städtische Distanzmaß ist im Jahr 2009 in Karlsruhe mit 3,0 Prozent zu beobachten, das Größte hingegen in Mannheim mit 12,4 Prozent.“ (S. 35)

Migration: „Bezogen auf das Jahr 2009 sind es nur sehr wenige Städte, in denen der Anteil an Stadtteilen mit einer großen Distanz („oberhalb“ oder „unterhalb“) niedrig ist. Dazu gehören vor allem Karlsruhe und Leipzig mit Werten von 2,9 Prozent bzw. 10,3 Prozent. Im Gegensatz dazu sind es Berlin, Köln, Mannheim, Nürnberg und Stuttgart jeweils 60 Prozent der Stadtteile, die eine große Distanz zum städtischen Mittelwert aufweisen. In Mannheim ist dieser Anteil mit 70 Prozent besonders hoch.“ (S. 36)

Das difu zieht aus der festgestellten Polarisierung die Konsequenz:

„Soziale, demografische und wirtschaftliche Entwicklungen sind gesamtstädtisch im Sinne einer solidarischen Politik für die Gesamtstadt zu steuern.“

Soll die immer noch zunehmende Polarisierung wirksam gebremst werden, muss bezahlbares Wohnen gezielt über die ganze Stadt hinweg ermöglicht werden, z.B. gerade auch auf den Konversionsflächen. Es müssen Konzepte entwickelt werden, wie besondere Bedürfnisse z.B. einer alternden Stadtgesellschaft (61.000 Personen über 65 Jahre) besser befriedigt werden können, Bedürfnisse einer Gesellschaft mit 40% migrationsbeeinflusster Bevölkerung. Es geht hier auch um die Entwicklung und Umsetzung „neuer Wohnformen“, z.B. bewusst generationsübergreifender und solidarischer Wohnformen.

# Mannheim-Neckarstadt Nazifrei! Blockaden verhindern rassistische Kundgebung der NPD

Eine starke Mobilisierung in Mannheim sorgte am 16. Februar für entschlossene antifaschistische Aktionen in der Neckarstadt, die zur Verhinderung der geplanten NPD-Kundgebung führten. Der breite antifaschistische Konsens der Mannheimer\_innen, die Unterstützung von auswärtigen Genoss\_innen und die Bereitschaft zur Blockade sorgten für diesen Erfolg. Für die NPD um ihren Kreisvorsitzenden Jan Jaeschke wurde der Tag zum peinlichen Desaster.

## Zwei Demos – ein Ziel: Nazi-aufmärsche unmöglich machen!

Die vom Bündnis Mannheim gegen Rechts organisierten Aktionen begannen um 9 Uhr mit zwei koordinierten Demonstrationen. Eine begann auf

dem Neumarkt in der Neckarstadt und wurde maßgeblich vom AK Antifa organisiert. Der zweite von DGB und Falken organisierte Zug startete mit vielen politischen Funktionsträger\_innen am Gewerkschaftshaus. Auf dem Alten Messplatz vereinten sich die beiden Züge zu einer großen gemeinsamen Kundgebung, was für gute Stimmung am frühen Morgen sorgte. Redebeiträge wurden in deutscher, türkischer und bulgarischer Sprache gehalten. Auf dem Messplatz war die Polizei schon früh mit starken Kräften vertreten und hatte eine Art „Laufstall“ für die Nazis mit so genannten Hamburger Gittern abgesperrt.

Das freie Radio Bermuda.funk spielte den ganzen Tag über eine Radiosendung, wobei abwechselnd Informationen und antifaschistische Musik gesendet wurden. Die Alte Feuerwache, das Kunstprojekt Einraumhaus und der Lautsprecherwagen von Mannheim gegen Rechts übertrugen das Programm

gegen Rechts feierte seinen verdienten Erfolg. Auf dem Platz wurde getanzt und in den Kneipen und Cafés um den Platz herrschte beste Stimmung.

## „Sicherheit durch Recht und Ordnung“

Zur NPD-Kundgebung hatte es letztlich nur der Lautsprecherwagen aus Pirmasens samt Besatzung geschafft. Kreisvorsitzender Jaeschke musste vergeblich auf seine Anhängerschaft warten und mit seiner Handvoll UnterstützerInnen aus der Westpfalz zwei Stunden bis zur Aufgabe warten. Die Anwesenheit der Nazis sorgte wenigstens bei den Menschen um den „Laufstall“ für Erheiterung. Versuche der Nazis, mit Musik und Reden ihre Propaganda abzuspielden scheiterten an der wesentlich lautereren Gegenveranstaltung. Auf der NPD-Versammlung stellten Antifaschist\_innen während dessen eine Ordnungswidrigkeit fest. Der Lautsprecherwagen hatte nämlich mit roter Plakette verbotenerweise die Umweltzone befahren. Ein Antifaschist ließ es sich nicht nehmen, bei der Polizei eine schriftliche Anzeige aufnehmen zu lassen. Den Fahrzeughalter erwarten nun ein Bußgeldbescheid und ein Punkt in Flensburg. Eine Straßenbahn mit etwa 30 gemeinsam anreisenden Nazis wurde von der Polizei auf der Breiten Straße kurz vor der Abendakademie aufgehalten. Aufgrund der Blockade der Kurpfalzbrücke gab es kein Durchkommen. Nach einer guten Stunde Warten fuhr die Bahn eine geänderte Route über die Friedrich-Ebert-Brücke an den Rand der Neckarstadt-Ost. Die Nazis stiegen am Ludwig-Frank-Gymnasium aus und warteten an einer Straßenecke bis ein Sonderbus angefahren kam, der vermutlich von der Polizei organisiert war. Die Einfahrt diese Busses in die Neckarstadt wurde an der Käfertaler Straße von kleinen Barrikaden behindert, es gab an dieser Stelle sogar einen mutigen Angriff autonomer Antifas auf den Bus, der Richtung Innenstadt abbog und die Nazis in Richtung Ludwigshafen fuhr. Am Berliner Platz angekommen, versuchten sie eine Spontandemonstration durchzuführen, was jedoch von der Polizei verhindert wurde. Kurzfristig hatten sich dort bereits einige Antifaschist\_innen versammelt.

Kurz vor 13 Uhr packte dann auch der NPD-Lautsprecherwagen auf dem Alten Messplatz zusammen. Zum Abschied wurden die Nazis mit Eiern beworfen, bevor sie, von der Polizei begleitet, die Neckarstadt verließen. Nachdem die Polizei in Ludwigshafen den Nazis Platzverweise erteilt hatte, fuhren diese



Es waren gerade acht Nazis, die es auf den Alten Messplatz geschafft haben. Mit diesem Auto mit diesem Kennzeichen: PS-N-1818. Man beachte die bei Nazis beliebte Zahlenkombination: 18 – 1 für den ersten Buchstaben und 8 für den achten Buchstaben im Alphabet – also A und H. die Anfangsbuchstaben von Adolf Hitler.

dem Neumarkt in der Neckarstadt und wurde maßgeblich vom AK Antifa organisiert. Der zweite von DGB und Falken organisierte Zug startete mit vielen politischen Funktionsträger\_innen am Gewerkschaftshaus. Auf dem Alten Messplatz vereinten sich die beiden Züge zu einer großen gemeinsamen Kundgebung, was für gute Stimmung am frühen Morgen sorgte. Redebeiträge wurden in deutscher, türkischer und bulgarischer Sprache gehalten. Auf dem Messplatz war die Polizei schon früh mit starken Kräften vertreten und hatte eine Art „Laufstall“ für die Nazis mit so genannten Hamburger Gittern abgesperrt.

Rund um den Platz waren Menschen in den Tagen und Nächten zuvor aktiv gewesen und zeigten im öffentli-

chen Raum Präsenz. Das Kulturzentrum Alte Feuerwache war mit zwei riesigen Transparenten geschmückt. An einem Bauzaun an der Kurpfalzbrücke, dem Eingang zur Neckarstadt, war ein etwa 20 Meter breites Banner befestigt, auf dem auch für Aktionen in Pforzheim (23.2.), Landau (16.3.) und Frankfurt (1.5.) geworben wurde. In den Seitenstraßen warben Graffitis, Parolen und Plakate für die Aktionen.

So konnte die spontane Blockade der Bahngleise organisiert werden. Kurz vor 11 Uhr setzten sich entschlossen hunderte Menschen in Bewegung, blockierten erst die Kurpfalzbrücke, später auch die Gleise am nördlichen Messplatz und die Dammstraße und legten damit den öffentlichen Verkehr lahm. Die dynamischen Blockaden verhinderten die Anreise der NPD-Anhänger\_innen. Alle möglichen Zufahrten des riesigen Messplatz waren dicht. Gegen 13 Uhr gaben die Nazis auf und Mannheim

ab in Richtung Mannheim-Rheinau, wo sie ihre Autos geparkt hatten. Auch dort waren nach kurzer Zeit Antifaschist\_innen eingetroffen, es fanden aber keine größeren Aktionen mehr statt.

### Fazit: Ein antifaschistischer Erfolg auf der ganzen Linie

Nachdem es an den erfolgreichen Aktionen von Mannheim gegen Rechts 2012 in Neckarau auch berechtigte Kritik gab, kamen heute alle auf ihre Kosten. Dies lag daran, dass die Menschen massenhaft spontanen zivilen Ungehorsam als anschlussfähige Aktionsform entdeckten. Neben autonomen Antifas blockierten auch etablierte Politiker\_innen und Anwohner\_innen die Bahngleise und bildeten gemeinsam eine breite Front gegen die Nazis. Die Polizei hielt sich zurück und sorgte durch ihr deeskalierendes Verhalten dafür, dass die Aktionen größtenteils friedlich verliefen. Dies war aber erst durch die Vorarbeit des Bündnis Mannheim gegen Rechts möglich, das es geschafft hat, in der Stadt ein gesellschaftliches Klima zu etablieren, in dem Nazis von allen Seiten als unerwünscht angesehen werden. Während die Nazis den heutigen Tag wohl lieber vergessen wollen, hat der 16. Februar 2013 aus antifaschistischer Sicht gezeigt, dass entschlossenes und solidarisches Handeln gegen Nazis notwendig ist und erfolgreich sein kann.

*Posted By admin on 16. Februar 2013 @ 19:17 In Antifaschismus, Feature, Pressemitteilungen. Dokumentiert auf der Website des AK Antifa Mannheim*

## Pforzheim: Blockaden verhindern Nazis

600 mutige Antifaschistinnen blockierten am 23. Februar wichtige Zufahrtsknotenpunkte am Wartberg und in der Stadt Pforzheim, und verhinderten so ein großes geschichtsverklärendes „Opfergedenken“ an diesem für Nazis traditionell wichtigen Ort. Der größte Teil der Nazis war gezwungen, in das kleine, einige Kilometer entfernte Mühlacker auszuweichen. Der Widerstand gegen die Fackelmahnwache hat gezeigt, dass es schlussendlich ziviler Ungehorsam ist, welcher den Nazis Einhalt gebietet. Kundgebungen und Demonstrationen müssen die Grundlage bilden, um Menschen an wirkungsvolle Protestformen heranzuführen.

Für zutiefst kritikwürdig halten wir die Aktion der Polizei, die gegen 17 Uhr 90 Nazis auf den Wartberg schleuste. Hier wurde nicht das vielzitierte Recht auf freie Rede und Demonstration durchgesetzt, hier wurde einem kruden Opfermythos Raum gegeben, der komplett an der Rolle von Pforzheim als Rüstungs- und Logistikstandort im

zweiten Weltkrieg vorbeigeht. Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen! Und Polizei sollte doch dazu da sein, Verbrechen zu verhindern, oder? Mit dieser Aktion hat sie sich jedoch massiv über einen klar erkennbaren Bürgerwillen hinweggesetzt. Am 23. Februar standen in Pforzheim nicht nur über 600 Nazi-Gegnerinnen auf dem Wartberg sondern auch rund 1.300 auf dem Marktplatz, um ihren Unmut über die „Gedenkveranstaltung“ des FHD zu bekunden.

Wir weisen nochmals auf das Zitat des Bundespräsidenten hin, auch wenn uns Joachim Gauck politisch nicht weiter entfernt sein könnte: „Wo immer ihr auftrittet, werden wir euch im Wege stehen!“ Ziviler Ungehorsam ist für uns ein legitimes Mittel des Ausdrucks politischer Unzufriedenheit.

*Linksjugend[‘solid] Baden-Württemberg*

## Neonazis verletzen Göppinger Bundestagskandidaten der LINKEN

Am 2. März haben Rechtsradikale während und nach der Aktion „Roter Teppich für Toleranz“ des Bündnisses „Kreis Göppingen Nazifrei“ drei Menschen angegriffen. Zwei Mitglieder der LINKEN, darunter Thomas Edtmaier, Bundestagskandidat der LINKEN im Wahlkreis Göppingen, wurden so schwer verletzt, dass sie zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht werden mussten.

„DIE LINKE lässt sich von diesen rechtsradikal Verbrechern nicht einschüchtern. Wir stehen hinter unserem Kandidaten und werden entschlossen in den Wahlkampf ziehen“, erklärt Dirk Spöri, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der LINKEN Baden-Württemberg. Spöri weiter: „Wir gehen weiterhin mit allen Antifaschisten auf die Straße, für eine bunte und tolerante Gesellschaft. Rechte Demonstrationen werden wir friedlich blockieren. Das Bündnis „Kreis Göppingen Nazifrei“ hat die Unterstützung der LINKEN im ganzen Land“. DIE LINKE kämpft für Meinungsfreiheit und Demokratie.

## „Zivilcourage vereint“ 2013

**Anlass unseres Projektes:** Am 1. Oktober 2012 stellte die Staatsanwaltschaft Stuttgart ihre Ermittlungen gegen acht ehemalige Mitglieder der 16. SS-Panzergranadier-Division „Reichsführer SS“ ein. Alle acht wurden 2005 von dem italienischen Militärgericht La Spezia auf Grund ihrer Beteiligung an einem Massaker in Sant’Anna di Stazzema zu

lebenslanger Haft und Entschädigungszahlungen verurteilt. In Sant’Anna di Stazzema wurden bis zu 560 Zivilisten, der Großteil Frauen und Kinder, ermordet. Der deutsche Staat zeigte sich weder Willens ein Verfahren zu eröffnen, die Verantwortlichen auszuliefern, noch eine Entschädigungszahlung zu leisten. Im Gegenteil: Deutschland klagte sogar gegen die Entschädigungszahlungen beim Internationalen Strafgerichtshof. Deutsche Kriegsverbrechen bleiben so auch nach 70 Jahren ungesühnt und un-aufgearbeitet.

**Aktualität unseres Projektes:** Faschistische, rassistische und antisemitische Überzeugungen und Taten müssen offen als solche benannt und ihnen muss konsequent entgegengetreten werden. Dies ist die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit, Frieden, Würde und Solidarität. Deshalb engagieren sich auch heute noch tausende junge Menschen in Vereinen, Projekten und Initiativen. Ihre Arbeit wollen wir fördern.

**Dein, sein, ihr Beitrag:** Du kennst jemanden, der sich auf diese Weise engagiert? Dann gib uns einen Hinweis und beschreibe kurz ihre/seine Arbeit. Oder bist Du selbst eine/einer dieser Aktiven? Dann schick uns Deinen Beitrag, der Dein Handeln dokumentiert. Wir wollen aber auch Jugendliche motivieren, eige-n für unser Projekt einen Beitrag zu erarbeiten. So haben wir in den vergangenen Jahren Theaterstücke, Songs, Comics, Kurzfilme, Gedichte und andere kreative Einsendungen erhalten, die sich auf ganz verschiedene Weise mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandergesetzt haben. Solche Beiträge suchen wir auch dieses Jahr.

**Gewinn:** Zu gewinnen gibt es eine Studienreise im Frühjahr 2013 nach Italien. Auf den Spuren des antifaschistischen Widerstandes im Zweiten Weltkrieg reisen wir an historische Orte, treffen Zeitzeugen und Menschen, die sich um die Aufarbeitung dieser Zeit verdient gemacht haben.

**Regulieren:** Ihr solltet zwischen 16 und 26 Jahre alt sein. Über die Preisträgerinnen und Preisträger entscheidet eine fachkundige Jury. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden etwa eine Woche nach Einsendeschluss informiert. Wir bitten um Verständnis, dass wir pro erfolgreichen Wettbewerbsbeitrag nur eine Person prämiieren können. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eine Barauszahlung der Preise ist nicht möglich.

*Weitere Informationen erhaltet ihr unter: [www.heikehaensel.wordpress.com](http://www.heikehaensel.wordpress.com). Telefon 07071 208810, Fax 07071 208812, Ansprechpartner: David.*

**Wettbewerbsbeiträge bitte an: Heike Hänsel, MdB, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen.**

Einsendeschluss ist der 15. April 2013.

## „Schlapphüte mit anständigen Tätigkeiten beschäftigen“

Tübinger Linke wehrt sich gegen Diffamierung und Überwachung durch den Verfassungsschutz. Ein Gespräch mit Gerlinde Strasdeit von Markus Bernhardt, „junge welt“, 15. März 2013

Gerlinde Strasdeit ist Fraktionsvorsitzende der Tübinger Linken im Gemeinderat und Mitglied im Kreisvorstand der Linkspartei Tübingen

*Der Tübinger Gerhard Bialas wird seit mehr als 60 Jahren vom Inlandsgeheimdienst überwacht. Das Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg erfasst selbst die Teilnahme an Beerdigungen sowie an Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Auch Sie werden erfasst. Mit welcher Begründung?*

In einem Antwortschreiben des Landesamtes an Gerhard Bialas wird die Moderation der Tübinger DGB-Kundgebung am 1. Mai 2010 ohne weitere Begründung als „linksextrem“ eingestuft. Das ist starker Tobak. Mein Name wird nicht genannt, aber ich moderierte wie schon in den Vorjahren diese Veranstaltung und begrüßte dort als Redner unter anderen den Ersten Bürgermeister der Stadt Tübingen Michael Lucke (SPD) und Andreas Keller von der GEW. Auf dem Platz gab es Infostände und Präsentationen aus Betrieben, von Einzelgewerkschaften, Gruppen und Parteien – von SPD bis zur interventionistischen Linken. Das ist Grund genug für die aktenwürdige Ausforschung einer DGB-Veranstaltung.

*Auch der Neujahresempfang der Tübinger Linkspartei im vergangenen Jahr wurde vom Inlandsgeheimdienst überwacht. Welche staatsgefährdenden Pläne haben Sie dort geschmiedet?*

Keine! Das war ja fast ein staatstragender Event. Sagra Wagenknecht war da, voller Saal, Medien und auch Gäste aus anderen Gemeinderatsfraktionen folgten unserer Einladung. Ich bin demokratische Sozialistin, keine Staatsfeindin. Nicht Die Linke, sondern die Geheimdienste gefährden die demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens. Selbst bei der strafrechtlichen Verfolgung von rassistischen Verbrechen stehen sie im Weg. Die Tübinger Linke streitet im Gemeinderat und im Kreistag gegen Privatisierungen und für ordentliche Tarife für Erzieherinnen, Müllwerker und Reinigungskräfte. Wir arbeiten dafür, Bereiche wie Bildung, Gesundheitswesen, Altenpflege und Energieversorgung vor kapitalistischer Verwertung zu schützen. Unsere Ziele verfolgen wir im Rahmen der Landesverfassung und des Grundgesetzes. In den Geheimdiensten lebt aber das antikommunistische Relikt weiter, wo-

nach Staatsfeind ist, wer sich nicht auf Gedeih und Verderb zur herrschenden Wirtschaftsordnung bekennt. Mit dem sozialstaatlichen Verfassungsauftrag hat diese Denke nichts zu tun.

*Für den seit 1951 bespitzelten Gewerkschafter, Antifaschisten und DKP-Altstadtrat Gerhard Bialas haben sich führende Politiker aus Baden-Württemberg – unter anderem Verkehrsminister Winfried Hermann (Bündnis 90/Die Grünen) und sogar der Chef der Staatskanzlei, Klaus-Peter Murawski – verwandt. Warum setzt die von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (ebenfalls Grüne) geführte Koalition mit der SPD die Bespitzelung trotzdem fort?*

Schulterschluss mit CSU-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich ist der Landesregierung leider wichtiger als die Beachtung kritischer Stimmen aus den eigenen Reihen. Die Grünen im Landtag haben sich deutlich gegen diese Praxis ausgesprochen. Den Hut hat aber Innenminister Reinhold Gall (SPD) auf. Selbst manche CDU-Kollegen machen sich lustig über dessen Übereifer. Ich war als Arzthelferin schon gewerkschaftlich aktiv und Gerhard Bialas legte als Gärtnermeister in Landesdiensten den Botanischen Garten in Tübingen an, als Ministerpräsident Kretschmann und Ex-Außenminister Fischer noch Gruppierungen angehörten, die das Werfen von Pflastersteinen als Akt revolutionärer Selbstfindung theoretisierten. Als hauptamtliche Personalrätin am Uniklinikum und als Stadträtin habe ich täglich mit Menschen zu tun, die ein sensibles Anliegen haben. Ich empfinde die geheimdienstliche Ausforschung deshalb nicht als Peanuts, sondern als Bedrohung meiner Privatsphäre und meiner beruflichen, gewerkschaftlichen und kommunalpolitischen Arbeit.

*Was werden Sie und die anderen betroffenen Personen und Parteien gegen Ihre Überwachung unternehmen?*

Wir werden der Landesregierung weiter auf den Keks gehen, bis sie ihre Dunkelmänner mit anständigen Tätigkeiten beschäftigt und endgültig aufhört, unsere Mitglieder auszuspionieren. Bodo Ramelow aus Thüringen geht derzeit den Rechtsweg, er hat unsere volle Solidarität. Und wir müssen auf EU-Ebene, im Rahmen der Europäischen Linken und in den europäischen Institutionen, mehr über die skandalöse Bespitzelung in Deutschland reden. Erinnern wir uns: auch die repressive Berufsverbotspraxis wurde erst zurückgenommen, nachdem es Thema in Strasbourg geworden war.

PS: Auch der örtliche DGB protestierte in einer Erklärung gegen die Beobachtung der 1. Maikundgebung.

## Vor 80 Jahren: „Heraus zum Massenstreik“

Über 1.200 DemonstrantInnen folgten am 2. Februar 2013 dem Aufruf nach Mössingen

Am 31. Januar 1933 hatten ArbeiterInnen in Mössingen einen Generalstreik organisiert. Sie folgten einem Streikaufruf der KPD. Zu dieser Aktion gehörte großer Mut und klarer politischer Verstand. Zwar gelang ein Ausstand in den beiden größten Textilbetrieben. Doch die von Unternehmern alarmierte Polizei beendete den Streik. Nirgendwo sonst in Deutschland hatte es ähnlichen Widerstand gegen den Machtantritt Hitlers gegeben.

Seit den Nachkriegsjahren hat das bürgerlich-konservative Lager den Mössinger Generalstreik diffamiert. Aus dem Mössinger Gemeinderat ließen noch letztes Jahr Vertreter von CDU und FWV verlauten, es habe sich weder um einen (General-) Streik gehandelt, noch sei die Aktion legal, geschweige denn legitim gewesen. Aus diesen Ansichten spricht der muffige Antikommunismus der Adenauerjahre. Die heutigen Mössinger Konservativen fallen hinter Urteile des Landgerichts Tübingen von 1954 und des Oberlandesgerichts Stuttgart von 1955 zurück. Selbst damals waren die Gerichte – linker Gesinnung unverdächtig – weiter. So urteilte das LG Tübingen: „Wäre die Aufforderung zum Generalstreik überall befolgt worden, so wäre diese Maßnahme geeignet gewesen, das angestrebte Ziel, die Regierung Hitler lahmzulegen und zum Rücktritt zu zwingen, zu erreichen gewesen.“ Doch im Mössinger Gemeinderat können sich Teile des bürgerlichen Lagers nicht von der Ideologie des Kalten Krieges lösen. Die örtliche Geschichtsdebatte schwappete bis in die FAZ. Warum will man den mutigen Mössinger Arbeiterinnen und Arbeitern noch 80 Jahre später am Zeuge flicken? Kommunalvertreter von CDU und FWV machen sich lächerlich, wenn sie so tun, als ob die Mössinger Kommunisten mit der Streikaktion die Diktatur des Proletariats und eine „Arbeiter- und Bauernrepublik“ nach sowjetischem Vorbild – am Rande der Schwäbischen Alb! – hätten errichten wollen. Diese Formulierungen sind, wie das OLG Stuttgart 1955 feststellte, „als ganz untergeordnet anzusehen“, und es führte weiter aus, dass „der Widerstand gegen eine Hitlerherrschaft das eigentliche Tatmotiv“ war. Die „Widerstandsleistung“ sei „gegen den Regierungsbeginn Hitlers gerechtfertigt“ gewesen. Bemerkenswert die Feststellung des OLG Stuttgart 1955, dass „der aus Überzeugung geleistete Widerstand gegen die NS-Gewaltherr-

schaft ein Verdienst um das Wohl des Deutschen Volkes“ ist. Der Mössinger FWV-Oberbürgermeister und der CDU-Landrat würdigten auf einer städtischen Gedenkveranstaltung denn auch ausdrücklich die Widerstandsleistung der Streikenden und hoben sich damit positiv ab von ihren rechtslastigen Parteigängern. Das ist neu und das ist ein Erfolg jahrelanger antifaschistischer Arbeit.

Ein Bündnis von Gewerkschaften und VVN-BdA hatte die Kundgebung am 2. Februar 2013 vorbereitet, der es um historische Würdigung und aktuelle

Mahnung ging. Zum Auftakt sprach der Tübinger Alt-Stadtrat Gerhard Bialas, der einige Generalstreiker noch gekannt hatte. Beim Abschluss brachte Andrea Ayen als Tochter eines Generalstreikteilnehmers ihre Genugtuung über die allmähliche öffentliche Anerkennung des Widerstands zum Ausdruck. Nikolaus Landgraf, Vorsitzender des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, forderte, die NPD zu verbieten. Professor Wolfgang Däubler, Arbeitsrechtler an der Universität Bremen, sprach über die Notwendigkeit einer Kultur des politischen Streiks.

Drei VertreterInnen der Mössinger Antifa kritisierten die skandalöse Verfolgung von AntifaschistInnen und forderten die Auflösung des „Verfassungsschutzes“.

DIE LINKE hatte den Bündnisaufruf sehr früh unterstützt und zur Teilnahme mobilisiert. Demonstration und Kundgebung waren dank der mehr als 1.200 TeilnehmerInnen ein voller Erfolg. DIE LINKE war mittendrin, wie an vielen Fahnen zu sehen war.

*Christian Harde*

*(siehe auch Fotodokumentation auf der Rückseite des Landesinfos)*

## Heuberg – das erste KZ in Deutschland

Von Manfred Dietenberger

Das erste Opfer der Nazi-Gewaltherrschaft war die kommunistische und sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Gerade mal zwei Tage, nachdem Adolf Hitler mit seiner Ernennung zum Reichskanzler die Macht übertragen worden war und die faschistische Gewaltherrschaft begann, rief Kurt Schumacher, nach dem Krieg bis 1952 Vorsitzender der SPD, am 1. Februar 1933 auf der antifaschistischen Kundgebung der Eisernen Front\* in Stuttgart den Teilnehmern zu: „In der Stunde der Gefahr wenden wir uns auch an die kommunistischen Arbeiter, denn nicht Bruderkampf, sondern Klassenkampf tut not... Die neue Epoche des Kampfes gegen den Faschismus sollte auch ein neues Verhältnis zwischen uns und den Kommunisten einleiten (Schwäbische Tagwacht, 2.2.1933).“ Fünf Monate später wurde Schumacher in Berlin verhaftet, in „Schutzhaft“ genommen und in das Konzentrationslager Heuberg gesteckt.

KZ Heuberg? Ja, das gab es auch bei uns im Ländle. Das KZ auf dem Heuberg in der Nähe von Tuttlingen war allerdings noch kein systematisches Vernichtungslager wie die danach entstandenen Konzentrationslager, aber auch schon ein Ort der Unmenschlichkeit, Demütigung, Willkür und Gewalt. Eine besonders perfide „Heuberger Spezialität“ war die Folter am Brunnen. Die Folter begann unter den Wasserhydranten, darauf folgte das vielfache Eintauchen in das eiskalte Wasser des Brunnentrogs, das Abspritzen mit Wasser aus einem unter Hochdruck sehenden Schlauch und das darauf folgende Abreiben der Häftlinge mit einer rauen Scheuerbürste.

Der auf dem Heuberg geschundene Metzinger Weissgerber und KPD-Landtagsmitglied Albert Fischer (23.12.1883–28.5.1952) beschrieb es so: „Nach schweren Misshandlungen wurde ich mit nacktem Oberkörper direkt unter die Wasserleitung gesteckt, wo der Strahl mindestens so stark war wie bei einer Motorspritze. Die Öffnung am Stan-

drohr hatte ungefähr 10-12 cm. Mehrere Kameraden haben bei dieser Rosskur das Leben eingebüßt, ich selber habe mir schwerste gesundheitliche Schäden zugezogen.“ Nicht wenige Häftlinge kamen durch die schrecklichen Lagerbedingungen ums Leben.

Die „Schutzhaft“ war keine Erfindung der Nazis. Aber sie waren es, die sie generalstabsmäßig organisiert zur Ausschaltung ihrer politischen Gegner – „in erster Linie zur Unschädlichmachung marxistischer bzw. kommunistisch eingestellter Elemente“ (Ministerium des Inneren, 8. März 1933) – einsetzten. Die Handhabe für die exzessive Anordnung der Schutzhaft bot die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. März 1933. Da für die vielen Häftlinge die Gefängnisse schon bald nicht mehr ausreichten, beschlossen die Nazis, so genannte Konzentrationslager zu errichten. Das auf dem Heuberg bei Stetten am kalten Markt, auch „Schutzhaftlager“ genannt, wurde am 23. März 1933 auf einem Wehrmattengelände vom württembergischen Innenministerium eingerichtet und war damit das erste KZ in Deutschland, aber während der kurzen Zeit seiner Existenz (von März–August 1933) auch das größte in Deutschland.

Im April 1933 wurde es der Politischen Polizei unterstellt. Erster Lagerkommandant war SA-Sturmbannführer und Major a.D. Max Kaufmann aus Stuttgart, Mitte April übernahm danach der bis dahin stellvertretende Karl Buck die Lagerleitung. Die Wachmannschaft wurde von der so genannten Politischen Bereitschaft Württemberg gestellt. Sie bestand aus kasernierten SS-Männern.

In dem Lager waren mehrheitlich kommunistische und sozialdemokratische, aber auch bürgerliche Demokraten und religiöse Gegner des NS-Regimes,

nicht nur aus Württemberg und Hohenzollern, sondern auch aus Baden und Hessen inhaftiert: bis Ende August fast 3400 Männer, vorwiegend Kommunisten und Sozialdemokraten.

Die Nazis versuchten die Öffentlichkeit über den wahren Charakter des KZ zu täuschen. Das taten sie unter anderem mit Zeitungsartikeln, z.B. im Argon-Boten: „Die Schutzhaft auf dem Heuberg soll keine Strafe, aber auch kein reines

Sommervergnügen sein. Ein Teil der Gefangenen ist in Schutzhaft um sich selbst zu schützen, der weitaus größere Teil aber, um die Bevölkerung vor ihnen zu schützen, weil von ihnen angenommen wird, dass sie die nationale Erhebung stören.“

Die Bevölkerung der Umgebung wusste dennoch Bescheid. Zu viele hatten irgendwie Erfahrungen damit: Bäcker, Metzger, Passant oder Beteiligte am Transport

von Material und Gefangenen, usw. insgesamt waren bis zu seiner Auflösung zehn Monaten später 15000 Menschen hier gefangen.

Das KZ Heuberg wurde im Dezember 1933 aufgelöst und durch das in der Zwischenzeit errichtete Konzentrationslager auf dem Kuhberg bei Ulm ersetzt. Auf dem heutigen Truppenübungsplatz in unmittelbarer Nähe zur Dreirittenkappe erinnert heute eine Gedenkstätte an die Opfer des Konzentrationslagers Heuberg. Auf Initiative der SPD Baden-Württemberg wurde sie ein halbes Jahrhundert nach der Errichtung des KZ eingeweiht.

\* Die Eisernen Front war der antifaschistische Zusammenschluss sozialdemokratischer Organisationen: SPD, Reichsbanner, Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), Arbeitersportverbänden und Allgemeinem freien Angestelltenbund (AfA-Bund), er wurde am 16. Dezember 1931 gegründet.



**Erinnerung in Hannover an Hermann Wißmann, der im KZ Heuberg starb,**

## Rüstungsexport verbieten!

**Gewissenlose Exportpolitik bringt Profite für Deutsche Rüstungsindustrie**

„Deutsche Rüstungsunternehmen, darunter viele mit Standorten in Baden-Württemberg, verkaufen immer ungehörter ihre todbringenden Produkte in alle Welt. Dass Deutschland, im Gegensatz zum globalen Trend, beim Rüstungsexport wachsende Umsätze verzeichnet, ist beschämend und definitiv kein Grund zur Freude,“ erklärt Claudia Haydt, Vorstandsmitglied der Europäischen Linkspartei (EL) und Direktkandidatin für DIE LINKE im Wahlkreis Nürtingen.

„Insgesamt haben deutsche Rüstungsunternehmen ihren Umsatz von 2010 auf 2011 um 1,3 Mrd. Dollar gesteigert. Das liegt nicht zuletzt an zahlreichen Exporten in Krisen- und Kriegsgebiete. So hat das Rüstungsunternehmen Diehl, mit Standorten u.a. in Überlingen seinen Gewinn um 160 Millionen auf beinahe 1,4 Milliarden Dollar gesteigert. Zu deren Exportschlagnern gehören Lenk Waffen, die auch in die indisch-pakistanische Krisenregion verkauft werden. Noch stärker (um 320 Mio.) wuchs der Umsatz des Rheinmetall-Konzerns, der unter anderem Munition und Panzerteile in Stockach, Heilbronn und Oberndorf produziert.

Ohne tatkräftige Unterstützung der Bundesregierung, wären diese fragwürdigen Erfolgsmeldungen nicht möglich. Unter dem Stichwort „Merkeldoktrin“ stimmt die schwarz-gelbe Regierung immer häufiger Exporten in Staaten zu, die Menschenrechte mit Füßen treten. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, den Rüstungsexport vollständig zu verbieten und die Konversion der Rüstungsindustrie in zivile Produktion zu fördern. Das Knowhow der MitarbeiterInnen in den Rüstungsbetrieben und die staatlichen Subventionen in diese Betriebe könnten deutlich sinnvoller in die Entwicklung alternativer Energien und umweltschonende Mobilität investiert werden.“

## Friedensratschlag der LINKEN in Stuttgart

Am 9. und 10. März haben die Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik sowie die Landesarbeitsgemeinschaft Frieden der LINKEN Baden-Württemberg zum Friedensratschlag eingeladen. Auf der Auftaktveranstaltung sprachen Christine Buchholz, Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Parteivorstand, und Tobias Pflüger, ebenfalls Mitglied im Parteivorstand, über die Auslandseinsätze der Bundeswehr mit Schwerpunkt Mali.

Am Nachmittag sprachen die Bun-

destagsabgeordnete Inge Höger sowie Andreas Seifert von der Informationsstelle Militarisation über Rüstungsexporte. Dabei wurde sichtbar, dass es eine Kontinuität zwischen der Schröder-Fischer- und der Merkelregierung gab. Besonders in Baden-Württemberg hat die Rüstungsindustrie mit Unternehmen wie Daimler und Heckler & Koch eine besondere Bedeutung, so dass in der Aussprache auch Fragen zur Konversion diskutiert wurden.

Am Abend widmete sich ein Podium mit der Europaabgeordneten Sabine Lösung, einem Blockupy-Aktivistin aus Frankfurt und Claudia Haydt vom Vorstand der Europäischen Linkspartei der Krise in Europa und Perspektiven des Widerstands. Um für einen Politikwechsel in Deutschland einzutreten und praktische Solidarität zu zeigen, wurden die UmFAIRteilen-Kampagne und die Blockupy-Aktionstage Ende Mai angesprochen.

Am Sonntag wurden die außen- und friedenspolitischen Aspekte des Bundestagswahlprogrammes diskutiert sowie der Sprecherkreis der Bundesarbeitsgemeinschaft neu gewählt.

Wie man von der Theorie zur Praxis kommt zeigte sich am Samstagmittag, als eine aktive Mittagspause die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor das Karrierecenter der Bundeswehr führte, wo eine kurze Kundgebung stattfand.

*Dirk Spöri*

## Ostermarsch 2013 in Müllheim:

### 1. April – 14 Uhr – Robert Schuman Kaserne Müllheim

**Frieden ist das Mindeste! La Paix au minimum! Wie aus Waffenschwestern Freunde werden!!!**

45 Jahre nach dem 1. Weltkrieg und 18 Jahre nach dem 2. Weltkrieg wurde in Paris 1963 der Elysee-Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland geschlossen. Kaum jemand verband damit eine Einrichtung wie die Deutsch-Französische Brigade, die von den Regierenden und ihren Militärs heute gerne als Gipfelpunkt der deutsch-französischen Freundschaft dargestellt wird. Zu Recht, denn Waffenbrüderschaft ist etwas anderes als Völkerfreundschaft. Sie äußert sich in vielfältigen Begegnungen von Menschen. Kriege waren und sind damit nicht gemeint. Kriege werden auch nicht annehmbarer, wenn sie von Menschen ehemals verfeindeter Nationen nun gemeinsam gegen Dritte geführt werden. Die Deutsch-Französische Brigade ist ein militärischer Großverband, dessen Aufgaben nichts mit Landesverteidigung zu tun haben, sondern nur der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen reicher Länder in aller Welt mit kriegerischen Mitteln dienen.

Soziale Ungleichheit, politisches Unvermögen sowie kulturelle und religiöse Unterdrückung, Profitgier und Korruption sind Ursachen von Kriegen. Diese gilt es zu beseitigen, statt immer wieder neue Kriege zu führen. Der Krieg um Mali zeigt dies ein weiteres Mal.

Eine Einrichtung wie die Deutsch-Französische Brigade ist kein Symbol der Völkerverständigung und des Friedens, sondern des Krieges. Krieg ist nicht zu ehren. Wer sich je darüber klar geworden ist, wozu der Gebrauch Waffen im Kriegsfall dient, kann die Verharmlosung und Ignoranz gegenüber der Brigade nicht hinnehmen. Nein, es ist nicht schön Soldat zu sein und schon gar kein Glücksfall.

#### Time For Peace

**Es ist an der Zeit, sich modernen Konfliktlösungen zuzuwenden, die ohne wechselseitiges Töten auskommen. Sage niemand, dies sei unmöglich. Es hat allerdings zur Voraussetzung, dass die unermesslichen Mittel, die eine gewalttätige Politik für Kriege verschwendet, eingesetzt werden für die Beseitigung der Kriegsursachen. Dafür zu Wirken ist unser aller Aufgabe im 21. Jahrhundert.**

Deutsch-französische Freundschaft wird zivil gelebt. Von ganz vielen Menschen auch im Dreyeckland. Der gemeinsame Einsatz für die Stilllegung des AKW Fessenheim ist ein solches Projekt deutsch-französischer Freundschaft.

**Am Ostermontag gehen wir in Müllheim gemeinsam auf die Straße: Für Frieden und sozialen Fortschritt – für ein lebenswertes Dreyeckland in einer friedlichen Welt**

# FRIEDENSBLÄTTER



Seite des Friedensnetzes und des Förderverein Frieden e.V. Baden-Württemberg im Friedensjournal Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart; 0711 6368240

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

[www.friedensnetz.de](http://www.friedensnetz.de) / [buerro@friedensnetz.de](mailto:buerro@friedensnetz.de)

## Aufruf zum Ostermarsch in Stuttgart: Zukunft braucht Frieden – auch in Syrien. Schluß mit der Kriegspolitik!

Das Jahr 2013 begann mit einem neuen, gefährlichen Einsatz der Bundeswehr: Der Aufmarsch der Patriot Raketeneinheiten der Nato und der Bundeswehr an der türkisch-syrischen Grenze ist ein Schritt in den Krieg. Damit hat sich Deutschland zur Kriegspartei im syrischen Bürgerkrieg und im von der Türkei offen provozierten militärischen Konflikt mit Syrien gemacht.

Der Öffentlichkeit wird dieser neue Akt der Kriegsbeteiligung mit der offenen Lüge verkauft, der Natostaat Türkei müsse gegen eine drohende syrische Aggression verteidigt werden. Jeder weiß, dass Syrien weder Interesse noch die militärischen Möglichkeiten hat, die Türkei zu bedrohen. Es verhält sich gerade umgekehrt: Das türkische Parlament hat die Regierung zum Krieg gegen Syrien ermächtigt. So dient ein weiteres Mal der Aufmarsch der NATO und der Bundeswehr nicht der Verteidigung, sondern der militärischen Aggression diesmal gegen Syrien. Die Flugabwehrraketen machen nur Sinn, um ein Aufmarschgebiet in der Grenzregion für den Krieg gegen Syrien zu schaffen.

Nach dem Willen der Bundesregierung und den Beschlüssen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Bundestages wird die Bundeswehr bei diesem jetzt vorbereiteten Krieg an vorderster Front dabei sein.

Auch in Mali beteiligt sich die Bundeswehr am von Frankreich geführten neuen Kolonialkrieg.

Wieder wird Außenpolitik mit militärischen Mitteln gemacht, gießt die Bundesregierung zusätzlich Öl ins Feuer. Wieder soll sich die Logik des Krieges durchsetzen.

Alle, die sehen können, wissen in welche Katastrophen diese Art von militärisch gestalteter Politik führt:

In Afghanistan ist aus dem sogenannten „Stabilisierungseinsatz“ längst und vorhersehbar ein Krieg ohne Ende geworden. Statt ihn durch den vollständigen Abzug der Bundeswehr und der Nato endlich zu beenden, werden immer neue Versuche gemacht, ihn zu verlängern. Afghanistan beweist, dass die Logik des Krieges und der Militärinterventionen unabwendbar zu immer mehr Krieg, Toten, Verletzten, Armut und Elend führt.

In Syrien ist aus regierungskritischen Protesten inzwischen ein blutiger Bürgerkrieg geworden. Statt friedlicher

Vermittlung arbeitet die westliche Staatengemeinschaft offenkundig auf einen militärischen Sturz der Regierung hin. Rebellen werden von den religiös-fundamentalistischen Golfmonarchien mit Waffen und dschihadistischen Kämpfern versorgt und von den Staaten des Westens politisch und mit militärischer Infrastruktur unterstützt. Die türkische Armee steht an der syrischen Grenze zum militärischen Eingreifen bereit - unterstützt von der Nato und der Bundeswehr.

Die Kriegsdrohungen gegen Iran und die unverhüllten Versuche, auch in Syrien einen Sturz der Regierung mit Gewalt herbeizuführen, können einen gefährlichen Flächenbrand im Nahen Osten auslösen – mit verheerenden Folgen für die Menschen in der Region, mit unkontrollierbaren Kettenreaktionen für die krisengeschüttelte Weltpolitik und für das Völkerrecht.

Statt dem Willen und den Interessen der Bevölkerung zu folgen, statt mit Friedensinitiativen Deeskalation zu befördern setzt die deutsche Regierung auf immer neue Militärinterventionen.

Die Bundeswehr wird nicht nur in eine globale Interventionsarmee „transformiert“, sie soll auch im Inneren eingesetzt werden. Neue Waffen (z.B. Kampfdrohnen) sollen die Kriegführung auch der Bundeswehr effektiver machen. Rüstungsexporte tragen zur weiteren Aufrüstung regionaler Krisenregionen und der ganzen Welt bei. Die Allianz aus Konzernen, etablierter Politik, Militär und Mainstream-Medien bedrohen Frieden und Demokratie. Mit milliardenschwerer Aufrüstung, Militäreinsätzen, Nationalismus und neokolonialistischer Anmaßung werden die Konflikte noch weiter verschärft.

Auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist eine zunehmende Militarisierung der deutschen Gesellschaft erkennbar. Die Bundeswehr nutzt die schwierige soziale Situation und die mangelnden Zukunftsperspektiven vieler Jugendlicher, um sie für den Dienst an der Waffe und dem

damit verbunden Einsatz in den Krisengebieten der Welt zu gewinnen. Sie wirbt auf Messen und Volksfesten, in Jobzentren und vor allem an Schulen und in der Lehrerbildung um Nachwuchs und um Akzeptanz für militärische Lösungen.

Friedenspolitik sieht anders aus. Waffenstillstand – restloser Abzug aller Truppen – politische Verhandlungen – wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Das sind die entscheidenden Hebel zur wirklichen Lösung von Gewaltkonflikten – überall auf der Welt. Krieg ist keine Lösung – auch nicht in Zeiten ökonomischer Krisen!

Uns verbinden die Visionen von einer Welt ohne Atomwaffen, von einem entmilitarisierten Europa der Aufklärung und der Völkerverständigung, von einer Bundesrepublik, von deren Boden nicht weiter Krieg ausgeht.

Deshalb gehen wir an Ostern wieder auf die Straße, für

- den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und der Türkei, aus allen Krisen und Kriegsgebieten.
- Ein vollständiges Waffenembargo für alle Krisengebiete, vollständiger Verzicht auf Rüstungsexporte, Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte.
- Respektierung und strikte Einhaltung des Völkerrechts, allem voran des Gewaltverbots und des Gebots der staatlichen Nichteinmischung
- Abrüstung und Verkleinerung der Bundeswehr.
- militärfreie Schulen, Kündigung des Kooperationsabkommens Schule – Bundeswehr, Verbot von Rüstungsforschung an den Hochschulen
- Auflösung der NATO
- Eine atomwaffenfreie Welt - alle Massenvernichtungswaffen müssen geächtet und deren Verbreitung gestoppt werden.
- Internationale Solidarität und gleichberechtigte Zusammenarbeit, statt Kampf um Rohstoffe, Transportwege, Märkte und Einflusszonen.

**Krieg verbrennt unsere Welt! Deshalb rufen wir auf zum Ostermarsch für den Frieden.**



**Ostermarsch 2013:  
Karsamstag, 30. März, Stuttgart  
13 Uhr, Lautenschlagerstr.**

**Zukunft braucht Frieden.  
Schluß mit der Kriegspolitik!**

## Bericht LVV 2013 linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg

Hoch oben auf dem Königsstuhl, 800m vom Heidelberger Schloss entfernt, fand die diesjährige Landesvollversammlung (LVV) der linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg statt. Mit gut 30 TeilnehmerInnen war diese LVV zwar nicht übermäßig gut besucht, hatte aber programmatisch einiges zu bieten – über Konzeptideen, Strukturdebatten und satzungsändernden Anträgen bis hin zur Wahl unserer Delegierten für den Bundeskongress der Linksjugend 2013 haben wir dieses Jahr ein ausgesprochen ambitioniertes Programm in Angriff genommen.

Die Anreise am Freitag verlief angesichts der Abgeschiedenheit unserer Hütte relativ problemlos und wurde abends auch angemessen gefeiert. Am Samstag ging es nach der üblichen Begrüßung, dem Bericht vom Landesparteitag und Länderrat sowie dem Finanzbericht dann auch gleich rein in die Generaldebatte. Es gab eine Aussprache zum Studierendenverband SDS, die Basisgruppen tauschten ihre Erwartungen für den kommenden Bundestagswahlkampf aus, positionierten sich zu der Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen (SDAJ, Rebell) und erklärten einhellig ihre So-

lidarität mit dem Göppinger Bundestagskandidaten Thomas Edtmaier, der an einem Infotisch von Nazis angegriffen wurde. Er konnte glücklicherweise bald wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden, wir wünschen ihm eine schnelle Genesung.

Im Weiteren beschloss die Landesvollversammlung, den offenen Brief des IG CSD Stuttgart an Bürgermeister Michael Föll bezüglich ProChrist zu unterstützen und die von DGB-Chef Michael Sommer in einer Ansprache implizierte Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und dem DGB scharf zu kritisieren. Nach der Behandlung der Anträge wurden inhaltliche Konzepte und Vorschläge erarbeitet: Es wurde zum einen über die bestehende Soli-Kampagne zu Griechenland gesprochen, die nun auch verstärkt in die Ortverbände getragen werden soll, zum anderen wurden weitere inhaltliche Konzepte diskutiert. Vorgestellt wurde u.a. ein Ausstellungsvorschlag „Klospprüche“ aus Pforzheim sowie eine landesweite A.L.K. Kampagne („Alkohol legal kaufen“), die sich gegen das Alkoholverkaufsverbot ab 22 Uhr richtet. Diese und andere Vorschläge wurden in einem Meinungsbild mit

Punktvergabe „bewertet“, so dass sich für das nächste Jahr folgende Prioritätenliste ergab: Wir wollen uns zuerst mit den Kommunikationsformen, speziell auch der innerverbandlichen Kommunikation (z.B. wöchentliche Telefonkonferenzen) auseinandersetzen. Derzeit wird außerdem auch an einer Ausweichsoftware zu Facebook gearbeitet. In zweiter Priorität sollen zukünftig Leitprogramme und Konzepte auf der Jahreshauptversammlung erstellt werden, die dem frisch gewählten LandessprecherInnenrat helfen sollen, die Arbeit im Landesverband effektiver gestalten zu können. Drittens wollen wir uns bemühen, unsere LVVs künftig noch attraktiver zu gestalten, z.B. indem unabhängige ReferentInnen vorab organisiert werden.

Am Sonntag wurden satzungsändernde Anträge behandelt. Mit einer Zweidrittelmehrheit beschloss die Landesvollversammlung, dass künftig für landesweite Wahlveranstaltungen ein Frauenplenum einberufen werden kann, das die Quote zur Sicherung der Mindestquotierung für die jeweilige Wahl bis zu 50% festsetzen kann. Bleibt dies aus, bleibt alles wie gehabt. Diese Regelung wurde speziell von den weiblichen Genossinnen sehr begrüßt. Ein ergänzender Antrag, das Frauenplenum und damit auch die Zugangsberechtigung zur weiblichen Liste auch für nicht-biologische Frauen (die sich aber von ihrer Sozialisation her als solche begreifen) zu öffnen, wird erst mal noch zu diskutieren sein und wurde dementsprechend auf den nächsten Landesjugendtag überwiesen. Anschließend wurden die Delegierten für den Bundeskongress gewählt und wir freuen uns, dass wir durch acht Genossinnen und elf Genossen dort vertreten sein werden. Dieser wird vom 26.-28.4. in Magdeburg stattfinden.

Hier auch noch ein Dank an unsere „externen“ Köche, die Stunden in der Küche verbrachten, um uns bestmöglich zu verköstigen. So gabs am Samstag chinesische, am Sonntag afghanische Küche.

Alles in allem war dies eine inhaltlich produktive, wenn auch nicht immer unkontroverse LVV. Es gab viel Gesprächs- und Klärungsbedarf, es wurde debattiert und manchmal kollidierten auch sehr unterschiedliche Ansichten miteinander – ganz so, wie es in einem pluralistischen Jugendverband sein soll. In diesem Sinne ist es super, dass wir zu Ergebnissen und Beschlüssen kamen, mit denen wir Akzente gesetzt haben und die unsere Arbeit in diesem Landesverband künftig optimieren werden.

Landessprecherinnenrat linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg

### [‘solid] – Bildungswochenende „Europa in der Krise“

Vergangenes Wochenende fand das erste gemeinsame Bildungswochenende der Linksjugend [‘solid] Baden Württemberg und der Juso Thurgau unter dem Motto „Europa in der Krise“ statt. Ein voller Erfolg! Ca. 25 Teilnehmer fanden am Freitagabend den Weg ins verschneite Lagerhaus nach Lenzkirch-Kappel, wo spannende Workshops, interessante Vorträge, angeregte Diskussionen und der Austausch mit Gleichgesinnten auf sie warteten.

Das vielseitige Programm zum Thema Eurokrise begann am Samstagmorgen und dauerte den ganzen Tag an. Vor allem die Vorträge der beiden Gastdozenten Michael Schlecht „Sozialabbau und Lohndumping in Deutschland: Auswirkungen auf den Euro-Raum“ und Richard Pitterle „Politik der Troika in der Krise“ wussten zu überzeugen und sorgten sowohl für Beifall als auch für viel Gesprächsstoff.

Neben den beiden Gastdozenten fanden auch weitere Workshops von Schweizer

wie deutschen Genossen statt. So erzählte Florian Sieber von seinen Erlebnissen im von der Krise erschütterten Griechenland und Marco Radojevic führte Neulinge mit einem praxisorientiertem Kurs in die Kunst der Rhetorik ein. Auch für Verpflegung wurde gut gesorgt. Das vierköpfige Küchenteam scheute keine Mühen, die Teilnehmer mit tollen, vielseitigen Menüs zu verköstigen. Nach den gemeinsamen Abendessen blieben die Teilnehmer noch lange wach und feierten, diskutierten und unterhielten sich bis in die frühen Morgenstunden.

Am Ende der beiden Tage stand für alle Beteiligten fest, dass dies auf keinen Fall die letzte gemeinsame Zusammenarbeit sein dürfe. Sowohl der grenzübergreifender Austausch als

auch die hervorragende Organisation wurde von beiden Seiten sehr gelobt und begrüßt. Alles in allem ein spannendes Wochenende voller Begegnungen, Politik und Spaß!

Timo Hogrefe



## Veranstungshinweise

■ **LAG Gesundheit und Soziales:** Treffen am Samstag, 23. März, 13 bis 15.30 Uhr, **Stuttgart**, Landesbüro, Marienstraße 3A.

■ **Verfassungsschutz und NSU-Morde:** **Karlsruhe**, 26. März, 19.30 h, mit Martina Renner (MdL), Thüringen; Ort: Jubez, Kronenstraße 1.

■ **Solid-Veranstaltung** mit Harald Weinberg (MdB) und Nils Pawlik (Personalrat) zum Thema Gesundheit. **Stuttgart**, Mittwoch, 27. März, 19 Uhr. Altes Feuerwehrhaus, Möhringer Straße 56, Stuttgart-Süd

■ **Abend mit Jan van Aaken (MdB) zu Rüstungspolitik und Rüstungsindustrie.** **Ravensburg**, Mittwoch, 3. April, 18.30 h, Hotel „Storchen“, Wilhelmstrasse 1.

■ **Tübinger Sozialkonferenz „Wann, wenn nicht jetzt?! – Wer, wenn nicht wir?!“ Strategien für ein Gutes Leben für alle, gegen Sozialkahlschlag und Repression.** Samstag, 20. April 2013, 11 Uhr, Schulmensa Uhlandstraße 30. Aus dem Programm: 11.15 Uhr Vortrag Prof. Dr. Christoph Butterwegge: „Armut in einem reichen Land“. 14.30 – 16.30 Uhr Workshops: Gute? Schlechte? Keine? Arbeit – Wohnungsnot und Gentrifizierung: Wie kann Wohnen ohne Markt aussehen? – „Alles wird teurer“ – Gegenöffentlichkeit und Gegenwehr. 17.30 – 19 Uhr Abendpodium mit Christina Frank, Karin Binder, Thomas Trüten u.a., Moderation: Heike Hänsel MdB  
Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg und Heike Hänsel MdB

■ **Veranstaltung mit Werner Rügemer über die Misere der kommunalen Finanzen.** **Heilbronn**, Mittwoch 24. April um 19 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben. Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung und Bündnis UmFAIRteilen.

■ **Heinz Bierbaum und Karin Binder (MdB): Zu Erneuerung der Gewerkschaftspolitik.** **Karlsruhe**, 25. April, 19 Uhr, Ver.di-Gewerkschaftshaus, Rüppurrer Straße 1A; 7. OG.

■ **LAG Frauen**, das nächste Treffen findet statt am Sonntag, den 28. April um 11 Uhr im Landesbüro **Stuttgart**, Marienstraße 3a.

■ **„Die Kommune – unser Lebensort gestern und heute“.** Forum Linke Kommunalpolitik. **Tübingen**, Montag, 29. April um 18 Uhr im Bürgerheim Tübingen, Schmidtorstraße 2, mit Dr. Manfred Sohn, Heike Hänsel (MdB) und Dr. Emanuel

Peter (Stadtrat Rottenburg).

■ **Naziterror und Verfassungsschutzskandal** mit Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender im Landtag Thüringen. **Heilbronn**, Dienstag, 7. Mai 2013 um 18.30 Uhr, Deutschhofkeller der VHS, Kirchbrunnenstraße 12.

■ **Freiheit statt Kapitalismus. Die Linke.SDS Freiburg lädt ein: Sahra Wagenknecht kommt!** Freiburg, Dienstag, 14. Mai 2013, 19 Uhr, Uni Freiburg, Hörsaal Rundbau, Albertstraße 21

## „Rotes Radio“

Mit einigen Mitstreitern gründete Volker Bohn aus Heilbronn vergangenes Jahr das „Rote Radio“, das im Internet an den Start ging. Mit seinem Team bekam Bohn bereits Persönlichkeiten wie Dieter Dehm, Petra Pau, Bernd Rie-xinger und Prof. Dr. Theodor Bergmann vor das Mikrofon. Seit kurzem wird das Projekt in der „Jungen Welt“ beworben. Rund 250 Hörerinnen und Hörer hat das „Rote Radio“ bislang täglich. Nach dem Willen der Redaktion sollen es aber bald mehr sein. Unterstützerinnen und Unterstützer, sowie Technik-Freaks, als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Redaktion sind willkommen. Interessierte bitte melden unter: volker.bohn@rotesradio.net.

## ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

### Veranstungsprogramm April - Juni 2013

#### Wirtschaft zwischen Demokratie und Verbrechen

08.04., 19 Uhr, Kultur- und Congress-Centrum Graf-Zeppelin-Haus, Kapitän-Lehmann-Zimmer, Olgastraße 20, Friedrichshafen

09.04., 19 Uhr, RLS Regionalbüro Stuttgart, Ludwigstr. 73a, Stuttgart

#### Tübinger Sozialkonferenz - Strategien für ein Gutes Leben für alle, gegen Sozialkahlschlag und Repression

20.04., 11 Uhr, Schulmensa Uhlandstraße, Uhlandstraße 30, Tübingen

#### Allein gegen das «neoliberale Kartell» oder Teil eines «linken Lagers» - Welchen Platz kann und will die LINKE im Parteiensystem einnehmen?

22.04., 19 Uhr, RLS Regionalbüro Stuttgart, Ludwigstr. 73a, Stuttgart

#### Sex, Gender, Trouble - Judith Butlers Theorie der Geschlechter

23.04., 19 Uhr, ZEP (Studierendencafé), Zeppelinstr. 1, Heidelberg

#### Die Misere der kommunalen Finanzen

24.04., 19 Uhr, Heilbronn, Veranstaltungsort auf der Webseite

#### Länger gemeinsam lernen in der Gesamtschule - Hospitation und Informationen in den Integrierten Gesamtschulen (IGS Ernst Bloch) Ludwigshafen und Mannheim-Herzogenried

25.04., 09 Uhr, Integrierte Gesamtschule Ernst Bloch, Hermann-Hesse-Str. 11, Ludwigshafen

#### Tunten, Feministen, Radikale

25.04., 19:30 Uhr, Kino Arsenal / Szene Paradiso, Am Stadtgraben 33, Tübingen

#### Revitalisierung von Gewerkschaften und Wiedergewinnung gewerkschaftlicher Handlungsmacht in Zeiten der Krise

02.05., 19 Uhr, Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Str. 1, Mannheim

#### Kunstreise nach Berlin - Honoré Daumier, Max Liebermann- und der Sitten-Fuchs

03.05. - 05.05., ab Stuttgart

#### Die Liebesbriefe von Rosa Luxemburg - Gelesen von Lea Rosh und Jörn Schüttrumpf (80 Jahre Bücherverbrennung)

13.05., 19 Uhr, Rathaus, Stuttgart

#### Andre mögliche Welten -

#### eine lateinamerikanisch-europäische Debatte mit Raul Zelik

14.05., 19 Uhr, RLS Regionalbüro Stuttgart, Ludwigstr. 73a, Stuttgart

15.05., 20 Uhr, Kulturzentrum franz.K, Unter den Linden 23, Reutlingen

#### Hellmut G. Haasis liest Hans Sahl (80 Jahre Bücherverbrennung)

21.05., 19 Uhr, Rathaus, Mittlerer Saal, Stuttgart

#### «Zum Verbot und zur Verbrennung der Fuchs'schen Sittengeschichte» (80 Jahre Bücherverbrennung)

22.05., 19 Uhr, Rathaus, Mittlerer Saal, Stuttgart

#### Der politische Streik

28.05., 19:30 Uhr, Gasthaus Eulenspiegel, Lindenstr. 21, Weinheim

#### Hellmut Haasis liest Lion Feuchtwanger (80 Jahre Bücherverbrennung)

29.05., 19 Uhr, Rathaus, Mittlerer Saal, Stuttgart

#### Sozial durch Arbeiterbewegung?

#### Zur Entstehung des Modells ‚Soziale Marktwirtschaft‘

06.06., 19 Uhr, RLS Regionalbüro Stuttgart, Stuttgart

07.06., 19 Uhr Wild West, Alhornstr. 38, Mannheim

ausführliche Informationen zu allen Veranstaltungen auf unserer Webseite

## Landesparteitag: Grußwort der Parti Communiste Français (PCF) Bas-Rhin

Liebe Genossen und Genossinnen,

Die Kommunisten des Nordelsass grüßen euch brüderlich und wünschen euch viel Erfolg mit eurem Parteitag. Leider kann ich nicht anwesend sein, da wir heute auch unseren eigenen Regionalkongress durchführen.

Dieser 36te Parteitag der PCF soll den französischen Kommunisten ermöglichen, über die Ausrichtung der Organisation und die politischen Aktionen der Partei für kommenden Jahre zu debattieren und festzulegen. Dieser Prozess wird uns insbesondere helfen, die Schlacht gegen die Sparpolitik zu organisieren und unsere Vision Europas zu entwickeln und die Dynamik der Vereinheitlichung einer Alternative im Interesse des Volkes zu verstärken im Rahmen der Front de Gauche.

Diese Kämpfe bringen uns einander näher!

Wie Die Linke ist die Front de Gauche ein Werkzeug, um das Bewusstsein zu wecken und um die Sachen grundlegend zu ändern. Die Hoffnung der Bürger, die leidet durch die neoliberalen Ziele der Sozialdemokraten, gebietet eine größtmögliche Vereinigung der Kräfte, die eine Alternative zum Kapitalismus bieten. In diesem Sinn sind wir besonders Enthusiasten, wenn die Erneuerung der linken Kräfte in ganzen Europa gelingt, Syriza in Griechenland, Izquierda Unida in Spanien und natürlich Die Linke.

Wie ihr fordert die PCF ein anderes Europa. Ein Europa, das nicht von der Troika FMI/BCE-Kommission überwacht ist, das nicht auf Kosten des Volkes und der Belegschaften zur Sparpolitik gezwungen wird.

Demgegenüber stellen wir das Projekt eines Europas der Völker, solidarisch, zum sozialen Fortschritt orientiert, gegen die sozialen Ungerechtigkeiten kämpfend und ausgestattet mit wirklichen demokratischen Institutionen.

Die Sparpolitik ist ein Drama für Europa. Bei uns so wie bei euch nimmt das soziale Leiden zu. Den großen Unternehmen geht es gut an der Börse, während die Arbeitslosigkeit und die Armut stark steigen. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist umso wichtiger, da die soziale Lage ernst ist, sie wird politisch durch die Sparpolitik stark eingeschränkt.

Um die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken, muss ein europäisches Finanzsystem geschaffen werden, das wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und sozialer Fortschritt für Belegschaften und die „unteren Volksschichten“ zum vordringlichen Plan des wirtschaftlichen und politischen Handelns machen: das ist unseres Ziel. Der Kampf gegen die Sparpolitik und die kapitalistische Ungerechtigkeit spielt sich auf europäischer Ebene ab.

Euer Erfolg ist auch unserer.

Wir wünschen, dass die Völker Deutschlands und Frankreichs sich machtvoll in diese dynamische Bewegung für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit einbringen!

Liebe Genossen, nehmt unsere besten Wünsche zum Erfolg eures Parteitags und eurer Kampagne zur Bundestagswahl im nächsten September entgegen.

Bien fraternellement – herzlich brüderlich

*Béatrice Lejarre, Secrétaire départementale*

## Grußwort der Parti de Gauche (PG) Bas-Rhin

Liebe GenossInnen, liebe deutsche Freunde und Freundinnen aus Stuttgart, Kehl, Offenburg und Baden-Württemberg.

Eure Einladung wahrzunehmen ist für uns Genossen der Parti de Gauche eine große Freude, und es ist uns eine ganz besondere Ehre, eure Arbeit und eure Diskussionen in Vorbereitung der Bundestagswahlen mit verfolgen zu dürfen.

Wir sind hier erst einmal, um euch den brüderlichen Gruß aller elsässischen GenossInnen auszudrücken und ganz besonders einen Gruß aus Straßburg, der Stadt, in der Jean-Luc Mélenchon 11,1% der Stimmen bei der letzten Präsidentschaftswahl erhalten hat, ein bemerkenswertes Ergebnis für unsere Region.

Wir sind auch da, um unserer Genossin Karin Binder, Bundestagsabgeordnete aus Karlsruhe, noch einmal dafür zu danken, dass sie immer bereit war, unsere Versuche zu unterstützen, die Front de Gauche im Elsass zu entwickeln – in einer Region also, die durch eine gemeinsame Geschichte so sehr mit dem heutigen Deutschland verbunden ist, und die jetzt auch noch dazu Sitz des Europäischen Parlaments ist (...)

Als wir am 4. April 2012 die Großveranstaltung in Straßburg organisiert haben, um Jean-Luc Mélenchon zu unterstützen, war Karin eine der RednerInnen, mit Francis Wurtz, dem ehemaligen Vorsitzenden der Europäischen Linken. Also Karin, im Namen von Josiane und allen Genossen, die in Straßburg geblieben sind: Herzlichen Dank für deine aktive Unterstützung und für deine Besuche, die uns immer so viele Freude bereitet haben! Am 14.11.12 war sie wieder bei uns in Straßburg, um gemeinsam mit der Parti de Gauche und deren Secrétaire National, Eric Coquerel, gegen die angesagte Sparpolitik der neugewählten Regierung zu protestieren: nur wenige Monaten und schon kommt die wirtschaftliche Dämmerung der regierenden „Sozialisten“.

Schon damals haben wir die Politik der Regierung öffentlich kritisiert, die lediglich darin besteht, dem Volk europäische Sparmaßnahmen „nach französischer Art“ zu servieren.

Diese scheußlichen liberalen Rezepte, die nie und nirgendwo was Gutes für die Bürger gebracht haben, nur bittere Tränen und Verelendung für die Ärmere, werden in Elfenbeintürmen von realitätsfremden Bürokraten und Ideologen konzipiert, die durch keine politische Macht kontrolliert werden.

Im Gegensatz zu dem, was der Kandidat Hollande den Wählern versprochen hatte, hat Präsident Hollande den Merkozy-Vertrag sofort und ohne Neuverhandlungen unterzeichnet.

Somit haben er und seine sozial-liberale Regierung den Protest von den fast 100000 Teilnehmern der Pariser Demo vom 30.9.12 und von den Millionen Wählern, die Hollande ihre Stimme gegeben haben, mit einem Federstrich schlichtweg übergangen.

Und was hat uns in diesem Punkt in November der Präsident Hollande gesagt? Er werde 2014 wie die deutsche Kanzlerin die Mehrwertsteuer auf Dienstleistungen auf 10%, um drei Prozentpunkte anheben, dafür aber, sozusagen als Gegenleistung, die Arbeitgeberanteile senken.

Selbstverständlich soll auch die „normale“ Mehrwertsteuer auf 20% heraufgesetzt werden. Also wieder einmal das Gegenteil dessen, was er als Kandidat der Sozialistischen Partei bei den Präsidentschaftswahlen versprochen hatte. Was denn sonst? Kurzum: nur sechs Monate, nachdem sie die Staatsgeschäfte übernommen haben, greifen die Sozialliberalen eine durch Sarkozy anvisierte Maßnahme auf, die sie ausgerechnet aufs Schärfste kritisiert hatten, als sie noch auf den Oppositionsbänken saßen: die Senkung der Arbeitgeberanteile bei Niedriglöhnen, um die Profite zu erhöhen.

Aus diesem Grund fand das erste nationale Treffen der Partei Front de Gauche am 23. Januar in Metz statt, um die europäische Kampagne gegen die „sparautoritäre“ Politik einzuführen. Die Stadt Metz ist nämlich das Herz der französischen Stahlindustrie und befindet sich in einer Region, die seit dreißig Jahren ein Katastrophengebiet ist (...).

Wir sollen ermöglichen, dass das Volk wieder an sich selbst glaubt, damit es wieder sein Schicksal durch den politischen Weg bewältigt. In Deutschland wie in Frankreich, Griechenland und Portugal oder Island, und in allen Ländern Europas, die unter der neoliberalen Politik leiden, verfolgt die europäische Linke das gleiche Ziel der „Volksrevolution“ nach dem Vorbild der südamerikanischen bürgerlichen Revolutionen.

Und jetzt die kommenden Wahlen! Mit einem besonderen Blick haben wir 2007 die Gründung von eurer Partei gesehen auf Initiative von Oskar Lafontaine. Im Bundestagswahlen 2009 wurde euer Wahlkampf bei uns als voller Erfolg gesehen. Mit 11,9% der Stimmen und 76 Bundesabgeordneten war eure Partei die vierte politische Macht Deutschlands.

Nach diesem Erfolg wollten wir eurem Beispiel folgen. Im Frühling 2012 haben wir es teilweise geschafft. In der Tat haben 11% der Franzosen in Straßburg für den Präsidentschaftskandidaten der „Links-

front“ Jean-Luc Mélenchon gewählt. Bei den Parlamentswahlen hat unsere Kandidatin in Straßburg, Josiane Nervi-Gasparini, 7% der Stimmen erreicht.

Für unseren ersten Wahlkampf im Elsass liegen wir in den durchschnittlichen Ergebnissen von unserer Partei auf nationaler Ebene. Das gibt uns Hoffnung! Jetzt bereiten wir uns auf zwei Wahlkämpfe für das Jahr 2014 vor: erstens auf die Kommunalwahlen im März, zweitens auf die Europawahlen im Juni. Ziel ist es die Partei voranzubringen! Bei dieser neuen Etappe werfen wir nochmal einen besonderen Blick nach Deutschland für eure Bundestagswahlen und wünschen euch vom Herzen viel Erfolg! Für einen richtigen Politikwandel braucht Europa die Europäischen Linke: Die Linke in Deutschland, die Front de Gauche in Frankreich, das Syriza-Bündnis in Griechenland ... zusammen können wir die Neoliberalen und die Konservativen deutlich zurückdrängen und die nationalistischen Parteien endgültig stoppen.

Laut einer Umfrage von November 2012 würden 26% der Griechen für das Syriza-Bündnis wählen. Syriza würde einen gewissen Vorsprung gegenüber die bisher regierenden Konservativen erlangen. In derselben Umfrage wurde aber die Rechtsextremisten der Partei „Goldene Morgenröte“ 13,5% der Stimmen bekommen, gegen 7% vor fünf Monaten.

Zwei Möglichkeiten haben wir jetzt: entweder brechen wir zusammen den Teufelskreis der Sparpolitik durch oder die Zukunft Europas wird grauer. Ziele unseres politischen Kampfes sind eindeutig. Wir wollen keinen Wettbewerb zwischen den Regionen und zwischen den Menschen!

Was wollen wir? Solidarität zwischen den Menschen und den Generationen. Hilfe für Griechenland, Irland, Portugal sowie Spanien; für diese von der EU-Sparpolitik hart betroffenen Länder. Ein möglichst glatter Einstieg ins Berufsleben für die junge Generation und gute Lebensbedingungen für die Rentner. Das wollen wir erreichen als Linkspartei! Der Aufruf von Karl Marx ist heute genauso aktuell wie damals: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ „Völker Europas, vereinigen wir uns!“ Gegen das globale Finanzsystem müssen wir zum Widerstand aufrufen: Gegen das globale Finanzsystem müssen wir zum Widerstand aufrufen: Résistance, Widerstand, Résistance, Widerstand ... (vollständige Fassung über [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de))

Infos und Kontakt: <http://67.lepartidegauche.fr>; <http://67.pcf.fr>; <http://www.rivegauche-linkesufer.eu>. Kontakte vermitteln Volker Bohn ([volker.bohn@die-linke-heilbronn.de](mailto:volker.bohn@die-linke-heilbronn.de)), Gregor Mohlberg ([gregor.mohlberg@die-linke-bw.de](mailto:gregor.mohlberg@die-linke-bw.de)) oder Dirk Spöri ([dirk.spoeri@die-linke-bw.de](mailto:dirk.spoeri@die-linke-bw.de))

## Schlusswort von Heidi Scharf, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, Landesparteitag, 27. Januar 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben nun 2 Tage harte Arbeit hinter uns. Viele gute Reden zur politischen Situation zu unseren Positionen wurden gehalten von Bernd Riexinger, von Uli Maurer und anderen.

Das alles möchte ich nicht wiederholen. Einige wenige Punkte mit ich euch jedoch noch mit auf den Weg geben. Ohne uns wird es keinen wirklichen Politikwechsel geben. Wir sind der parteipolitische Arm des Widerstandspotentials, aber auch Bestandteil sozialer Bewegungen in unserem Land. Wir stehen gradlinig und unverrückbar an der Seite derjenigen, die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir wollen unsere Gesellschaft verändern. Dazu gehört soziale Sicherheit für Alle, ein Einkommen von dem jeder Mensch leben kann, ein friedliches Zusammenleben aller Menschen, aller Völker. Das bedeutet wir leisten weiter Widerstand gegen Sozialabbau, gegen Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, gegen Militarismus und Krieg.

Wenn ich z.B. unter der Überschrift „Gleichberechtigung von Frauen im Militär in USA“ höre und lese, dass eine Frau nur Karriere machen kann, wenn sie auch Kriegseinsätze befehlen, dann ist das pervers (ich weiß nicht, wann Alice Schwarzer unter dem Siegel der Gleichberechtigung diese Forderung auch bei uns erhebt). Nicht die Befehlshaber des Friedens, sondern die Befehlshaber des Krieges sei

entscheidend für die Gleichberechtigung. Das müssen wir entschieden ablehnen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben nur wenige Monate bis zur Bundestagswahl um unsere Positionen in vielfältiger Weise in die Öffentlichkeit zu tragen. Merks Politik ist nicht alternativlos. Wir haben Alternativen, diese müssen wir den Menschen im Land näher bringen. Jede und Jeder von uns mit seinen/ihren Fähigkeiten, mit ihrer/seiner Kreativität, mit viel Durchhaltevermögen und Beständigkeit.

Also geht in eure Kreise, spricht mit jedem Mitglied, fragt wie er oder sie sich einbringen will. Überlegt euch wie wir auch im letzten Winkel des Kreises sichtbar und hörbar werden können.

Überlegt euch, wie wir unser Wählerpotential ansprechen können und vor allem wie wir die Menschen mit all ihren Problemen abholen können und sie bereit sind mit uns zu gehen, aber vor allem uns ihre Stimme zu geben.

Tut es, handelt aktiv.

Unser Potential liegt bei 7,5 Millionen MinijobberInnen, bei 6 Millionen Menschen im Niedriglohnbereich, bei 1 Million Leiharbeitskräften, bei 29 Millionen sozialversicherten Beschäftigten, bei 2,5 Millionen offiziell gemeldeten Erwerbslosen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind eine eigenständige Partei, die super Positionen hat und nicht der linke Wurmfortsatz der SPD. Diese Partei propagiert „DIE LINKE wird nicht gebraucht, da sie ja alle Positionen abdeckt.“

Aber das ist ja so nicht. Sicher verbal sind alle Parteien, gerade weil es uns seit Jahren gibt, etwas nach „links“ gerückt, aber doch nicht wirklich! Alle anderen Parteien, einschließlich der SPD, stehen z.B. nach wie vor zur Agenda 2010 und zu Kriegseinsätzen. Wir nicht! Deshalb rufe ich euch auf: LASST UNS EINEN EIGENSTÄNDIGEN WAHLKAMPF MACHEN!

Ich wünsche uns ab heute einen bewegungsorientierten Wahlkampf, eine Welle von öffentlichen Aktionen, die uns Zustimmung und ein gutes Wahlergebnis bringen.

Wir schaffen das! Glück auf und viel Erfolg.

## Clara-Zetkin-Ehrenpreis ging an Frigga Haug

Aus Anlass des Internationalen Frauentages verlieh die Partei DIE LINKE den Clara-Zetkin-Frauenpreis. Sie würdigt damit herausragende Leistungen von Frauen und Frauenprojekten in Gesellschaft und Politik.

Bereits zum dritten Mal verlieh DIE LINKE am 8. März, dem Internationalen Frauentag, den Clara-Zetkin-Preis. Auch 2013 wurden zahlreiche Bewerbungen von Frauenprojekten aus Politik, Gesellschaft und Kultur eingereicht. Die sechsköpfige Jury entschied sich für sechs Nominierungen. Preisträgerin des Clara-Zetkin-Frauenpreises im Jahr 2013 ist die Besetzungsrinnengruppe „Stille Straße“. Die Seniorinnen der Seniorenbegegnungsstätte Stille Straße 10 in Berlin-Pankow kämpften im vergangenen Jahr für den Erhalt ihrer Einrichtung. Damit zeigten sie, dass Protest keine Frage des Alters ist und Widerstand gegen willkürliche Sparauflagen von Erfolg gekrönt sein kann. Unter den Unterstützerinnen und Unterstützern des Protestes waren von Anfang auch Politikerinnen und Politiker der Partei DIE LINKE. So besuchten die Vorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, und der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi im vergangenen Sommer die Besetzerinnen und Besetzer. Der Ehrenpreis 2013 wurde der Soziologin und Philosophin Frigga Haug verliehen. Die feministische Forscherin, die 2007 auf dem Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE beitrug, arbeitet zu den Themen Frauenbewegung, Frauenarbeitspolitik, Frauenarmut. Das Preisgeld erhält das Institut für kritische Theorie e.V. (InkriT) für sein Engagement, Frauen darin zu unterstützen, sich für eine andere, eine gerechte und gleichberechtigte Welt einzusetzen. Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE gratuliert den Preisträgerinnen sehr herzlich.



## Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

## Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

### Geschäftsführender Landesvorstand:

Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de • Heidi Scharf, mobil: 0170/2198360, eMail: heidischarf672@gmail.com • Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

### Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

### Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

## Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70  
Konto 289582700

## Kreisverbände

### Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

### Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

### Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

### Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

### Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

### Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-prohandel@web.de

### Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

### Esslingen

Gabi Grosse, 71624 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: gaby.grosse@arcor.de, net: http://www.die-linke-esslingen.de/

### Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffenegring 2, 79098 Freiburg, Tel.: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

### Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbrunn, Tel.: 0160-5330030, Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

### Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

### Heidelberg / Badische Bergstraße

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim, Tel.: 06201/876758; Mail: carsten.labudda@dielinke-kv-heidelberg.de; Net: www.dielinke-kv-heidelberg.de

### Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

### Heilbronn

Volker Bohn, Maulbronner Straße 4/1, 74336 Brackenheim, 0151-14906528, volker.bohn@die-linke-heilbronn.de  
Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

### Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Künzelsau, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de. www.die-linke.sha.de

### Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

### Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

### Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

### Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

### Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

### Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

### Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

### Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

### Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, info@die-linke-pforzheim.de. www.die-linke-pforzheim.de

### Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m\_konie@web.de, Net: www.die-linke-ravensburg.de

### Rems-Murr

Jörg Drechsel, Bürgerwaldstr. 28, 71549 Auenwald, Tel.: 07191/903344, mail: joerg@drechsel.info • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-remsmurr.eu, Net: http://dielinke-rems-murr.de/

### Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

### Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

### Sigmaringen

Karl A.M. Friedrich, 88356 Osttrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.die-linke-sigmaringen.de

### Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

### Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

### Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

### Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, paul.barrois@web.de, Nicole Stadler, nstadler@datort.de. www.die-linke-waldshut.de,

### Zollernalb

Über Landesgeschäftsstelle Stuttgart

## Zusammenschlüsse

### AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

### AG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 72070 Tübingen, Tel.: 0162-2352964, mail@stefandreher.de

### AG Bildung

über Landesgeschäftsstelle

### AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

### AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

### AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, Silvia.Ofori@t-online.de

### AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, lothar\_schuchmann@gmx.de

### AG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, Tel.: 0731-3600260, evamaria\_glathe@gmx.de

### AG Hartz IV

Jan Albers, 69198 Schriesheim, 06203-6007596, jan.albers.maerz.1980@google-mail.com

### Kommunistische Plattform

Renata Eckhoff, Tel. 07331-66520, renata.eckhoff@t-online.de

### AG LiU Linke UnternehmerInnen

Volker Bohn, 74336 Brackenheim, Tel.: 0151-14906528, volker.bohn@dielinke-unterland.de

### AG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, Ostfildern, 0170/8006210, wolfgang-kaemmerer@t-online.de

### AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Stadtrat-Staehle@gmx.de

### AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

### AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, gotthilf.lorch@amici-tue.de

## Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: dielinke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

## Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

## Bundestagsabgeordnete

### Regionalbüro Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

### Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

### Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

### Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

### Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

### Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

### Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

## Kommunalmandate

### Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org www.dieLinke-rv-stuttgart.de

### 22 Mandate der LINKEN in 15 Kreistagen

**Biberach**, Ulrich Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Harry Ladwig, harryladwig@aol.com • **Bodensee**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, elli.nerz@freenet.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke,

peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber**, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau**, Reinhard Bross, reinhard-bross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de, Isny • **Rems-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim.buchholz@dielinke-rhein-neckar.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen

### 39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

**Aalen**, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrikk Guzzoni, hst.guzzoni@web.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar\_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, Stadtrat-Staehle@gmx.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinze@viacanale.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, h.reile@seemoz.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas Obwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Werner Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, thomas.trueper@mannheim.de • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de



